

# #HAMBIBLEIBT!

EINE REPORTAGE VOM KAMPF UM EINEN WALD,  
DER DAS LAND ERSCHÜTTERTE

SEBASTIAN WEIERMANN



# #HAMBIBLEIBT!

EINE REPORTAGE VOM KAMPF UM EINEN WALD,  
DER DAS LAND ERSCHÜTTERTE

Sebastian Weiermann

## INHALT

Prolog: Der neue Kampf ums Klima	3
Einleitung	6
Der lange «Hambi»-Herbst	7
Epilog: Über den «Hambi» zurück in die Zukunft	50

**SEBASTIAN WEIERMANN** hat Geschichte und Sozialwissenschaften studiert. Er arbeitet als Journalist für verschiedene Publikationen, für das *neue deutschland* berichtet er vorrangig aus Nordrhein-Westfalen. Zu seinen inhaltlichen Schwerpunkten gehören soziale Bewegungen und innere Sicherheit.

**TADZIO MÜLLER** ist Referent für Klimagerechtigkeit und internationale Politik im Zentrum für internationalen Dialog der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist seit vielen Jahren in der Klimabewegung aktiv.

# PROLOG: DER NEUE KAMPF UMS KLIMA

2019: Die von der jungen «Generation Klima» angeführte Bewegung für Klimagerechtigkeit ist in Deutschland eine Macht, an der keine politische Kraft mehr ungestraft vorbeikommt.

Ob «Klimawahl» zum EU-Parlament im Mai 2019, ob «Zerstörung der CDU» durch Rezo, ob Shell-Jugendstudie im Herbst: Die Kombination aus rapide eskalierender Klimakrise einerseits und der andauernden Unfähigkeit des politischen Systems, auch nur ansatzweise adäquat auf diese dramatische Eskalation zu reagieren, hat weite Teile einer Generation politisiert, die bisher von vielen für von Social Media abhängig, apathisch und unpolitisch gehalten wurde.

Nicht nur gelang Fridays for Future das keiner sozialen Bewegung der letzten Jahre (und schon gar keiner Schüler\*innenbewegung mit ihren ferienbedingten Mobilisierungspausen) geglückte Kunststück, über ein halbes Jahr lang regelmäßig und bundesweit auf der Straße zu sein – eben an den berühmten, der Zukunft gewidmeten Freitagen. Das junge Protestnetzwerk hat darüber hinaus auf eine Art und Weise den Rest der Gesellschaft inspiriert

und mobilisiert, die im Kontext des gleichzeitig stattgefundenen harten Rechtsrucks endlich mal wieder wirkliche Hoffnung macht. Es gibt mittlerweile eben nicht mehr nur Fridays for Future, sondern auch Scientists, Parents, Queers sowie Lehrende und Gewerkschafter for Future. All diese zusammen organisierten im September 2019 eine der wohl größten Demonstrationen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Nach Angaben der Veranstalter\*innen waren beim großen «Klimastreik» am 20. September in Berlin 270.000 Menschen auf der Straße, bundesweit schätzungsweise um die 1,4 Millionen. Nach Jahren, Jahrzehnten, in denen einer der Lieblingssätze linker Intellektueller war, es sei heute leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus, nach Jahren also, in denen es im Grunde keine attraktive und halbwegs realistische linke Zukunftsperspektive mehr gab, hat die junge «Generation Klima» dem Rest der Gesellschaft wieder den Glauben an eine Zukunft ermöglicht. Eine Zukunft, die nicht nur klimagerecht, sondern auch – wie die Lebensrealität dieser Generation – diverser, feministischer, queerer,

migrantischer ist. Es zeichnet sich schon der Umriss eines neuen historischen Blocks ab, der die Chance haben könnte, die Klimakrise anzugehen und den Rechtsruck aufzuhalten: #UnteilbarForFuture.

Die Klimakrise ist also endlich das politisch brisante, massentaugliche Großthema geworden, das sie spätestens seit dem Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen vor zehn Jahren hätte sein sollen, als das globale Governance-System zur Bekämpfung der Erderwärmung seinen ersten großen Offenbarungseid leistete. Das hat einerseits mit den nun auch hierzulande sicht- und fühlbaren dramatischen Effekten der Klimakrise zu tun. So spielte der Hitzesommer 2018 eine wichtige Rolle in einer sich verändernden Wahrnehmung vieler Menschen und in dem sich dementsprechend verschiebenden Alltagsverstand.

Aber ein politisches Möglichkeitsfenster, das nicht von konkreten Akteuren genutzt und erweitert wird, bleibt genau das: ein offenes Fenster. Die beeindruckende Bewegung, die

heute in Deutschland für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit kämpft, war vor fünf Jahren ein so zartes Pflänzchen, dass bloß 1.000 Menschen für Klimaungehorsam zu mobilisieren eine Riesenanstrengung war. Was also war passiert?

Die kurze Antwort ist: Der Hambacher Forst<sup>1</sup> wurde besetzt, mit Räumung und Abholzung bedroht, verteidigt, und mit der erfolgreichen Verteidigung eines kleinen Waldstückes irgendwo in Deutschland, das kaum jemand außerhalb des Rheinlandes früher kannte, wurde die Klimabewegung zu einer gesellschaftlichen Massenbewegung.

Was das nun bedeutet in einer Welt, in der wirklicher Klimaschutz zumindest im politischen System im engeren Sinne nicht stattfindet, das besprechen wir weiter unten. Jetzt geht es zusammen mit dem Journalisten und Bewegungsexperten Sebastian Weiermann erst einmal in den Hambacher Forst.

**Tadzio Müller**

<sup>1</sup> Hambacher Forst ist eigentlich eine Bezeichnung, die schon ein falsches Framing in sich trägt: Ein Forst ist ein bewirtschafteter Wald, also einer, der aus kommerziellen Zwecken gepflanzt und als solcher auch abholzbar ist. Ein Wald ist ein Wald. Wir bleiben jedoch im Folgenden bei Hambacher Forst, weil dies der gängige Namen ist.

Bei einem Waldspaziergang beteiligen sich Hunderte Menschen am Barrikadenbau.



# EINLEITUNG

Im Sommer 2016 hat mich das *neue deutschland* zum Klimacamp ins Rheinland geschickt. Ich hatte gerade frisch angefangen, für die Zeitung zu schreiben, und dachte mir: «Na, wenn es denen wichtig ist, dann guckst du dir das halt an.» Ehrlich gesagt, mein größtes Interesse galt dem Braunkohleloch und den riesigen Baggern, die ich einmal sehen wollte. Es wurde dann doch ein ganz interessanter Tag, mit einer netten kleinen Straßenblockade und interessanten Gesprächen mit Menschen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung. Seitdem begleite ich die Bewegung im Rheinland zumindest bei größeren Events wie den Klimacamps und den «Ende-Gelände-Aktionen» relativ intensiv. Auch im Hambacher Forst war ich in dieser Zeit immer wieder.

Seitdem sich die Räumungsdrohungen der schwarz-gelben Landesregierung im Sommer 2018 verschärften, habe ich viel Zeit im «Hambi» verbracht, mit zahlreichen Menschen gesprochen und Ereignisse und Entwicklungen beobachtet. Aus einem kleinen Stück Wald, für das sich fast niemand bis auf ein paar linksradikale Klimaaktivist\*innen und wenige Anwohner\*innen interessiert hat, wurde ein zentraler Ort in der Auseinandersetzung um den Klimawandel in Deutschland. Der Hambacher Forst, die Besetzung, die Polizeieinsätze und die Unwahrheiten, mit denen das Land Nordrhein-Westfalen und der Energiekonzern RWE operiert haben, haben Tausende Menschen zum Nachdenken gebracht. Ein spannender Prozess, der im Folgenden nachgezeichnet werden soll.

# DER LANGE «HAMBI»-HERBST

Wo soll eine Geschichte beginnen, in der es um den Widerstand im Hambacher Forst geht und darum, wie er in den vergangenen Wochen und Monaten gewachsen ist? Vor 40 Jahren, als die Braunkohleförderung begann? Im Jahr 2012, als erstmals Aktivist\*innen Bäume besetzten? Oder vielleicht eher am 18. August 2018 an der Autobahnraststätte Bedburger Land West? Dort fand der erste von vielen absurden Polizeieinsätzen im Rahmen einer langen Auseinandersetzung um den Hambacher Forst statt. Was war der Anlass?

Einmal im Jahr gibt es im Rheinland ein Klimacamp. Aktivist\*innen aus dem ganzen Bundesgebiet kommen zusammen, diskutieren einige Tage miteinander, veranstalten Demos und Kundgebungen. Im Sommer 2018 wird in die-

sem Camp eine Gartenlaube gebaut, mit Solidaritätsbotschaften für die Besetzer\*innen des Hambacher Forstes versehen und auf einen LKW verladen. Die Laube soll in den Wald gebracht werden. Ein kleines, nicht weiter bedeutendes Zeichen der Verbundenheit. Die Polizei verfolgt den LKW und fordert die Fahrer vor der Autobahnraststätte zum Anhalten auf. Den Klimaaktivist\*innen wird erklärt, die Hütte werde beschlagnahmt, man vermute einen geplanten Verstoß gegen das Landesforstgesetz, das es verbiete, «waldfremde Gegenstände» in Wälder zu bringen. Um die Beschlagnahmung der Gartenlaube durchzusetzen, sperrt die Polizei die Autobahnraststätte über mehrere Stunden, fordert Abschleppwagen und Gabelstapler an und ist mit einer kompletten Hundertschaft im Einsatz.

## ZUSPITZUNG

Das Klimacamp teilt zu dem Einsatz mit: «Die Polizei behauptet, wir wollten die Laube als Baumhaus und damit als Fremdojekt in den Hambacher Wald bringen. Nach dem Landesforstgesetz sei das möglicherweise ordnungswidrig. Wie seltsam, dass sich plötzlich die Po-

lizei für den Schutz des Waldes interessiert, dessen Rodung sie ansonsten durchzusetzen versucht.» Johanna Winter vom Klimacamp findet besonders absurd, dass im Beschlagnahmungsprotokoll steht, es habe sich um einen «Zufallsfund» gehandelt. «Da muss man sich

doch fragen, ob die Polizei nun alle Gartenlauben in Deutschland konfisziert, die sie zufällig findet, weil sie sonst vielleicht in den Hambacher Forst gebracht werden könnten. Hier sieht man, wie das Recht verbogen wird, um Konzerninteressen durchzusetzen. Die Polizei handelt damit als verlängerter Arm des Werkschutzes von RWE.» Nur wenige Tage später nehmen die Attacken auf die Besetzer\*innen des Hambacher Forsts zu. Eine Hundertschaft der Polizei ist fast immer präsent. Fast täglich gibt es Polizeimeldungen aus dem Wald. Am 21. August seien von einer Gruppe Vermummter «Steine, Feuerwerkskörper und zwei sogenannte «Molotowcocktails» in Richtung eingesetzter Polizeibeamter geworfen» worden. Getroffen wird dabei niemand. Einen Tag später wird der Transporter des Küchenkollektivs Alf partout angehalten und zwei Menschen wegen des Verdachts, mit dem Wurf des Molotowcocktails zu tun zu haben, festgenommen. Im Bus des Küchenkollektivs finden sich Kanister, sehr verdächtig für die Polizei. Bei der Kontrolle zieht ein Polizeibeamter sogar seine Pistole. Die Erklärung der Polizei: Eigensicherung. Solidarische Passant\*innen hätten sich «unkooperativ, aggressiv und gestikulierend» verhalten. Am nächsten Tag versammeln sich 40 Aktivist\*innen vor dem Polizeipräsidium Aachen und protestieren gegen die Beschlagnahmung des Busses und der Gartenlaube.

Polizei und RWE erhöhen daraufhin ihre Präsenz im Wald. Es kommt zu ersten Räumungen auf dem Boden. Barrikaden auf den Hauptwegen werden entfernt, um «Rettungswege» freizuhalten. Immer wieder rücken sogenannte Entschärfer-Teams des Landeskriminalamtes in den Wald vor. An den Barrikaden will die Polizei Sprengfallen festgestellt haben. Die Gegenstände entpuppen sich jedoch ausnahmslos als harmlos. Die Waldbesetzer\*innen werfen der Polizei vor, Psychoterror auszuüben. Aus ihren Lautsprechern sollen Richard Wagners «Ritt der Walküre» und Geräusche von Kettensägen zu hören gewesen sein.

Ein typischer Protesttag im Hambacher Forst sieht zu diesem Zeitpunkt so aus:<sup>2</sup>

«Am Sonntagmittag komme ich in Kerpen-Buir an, von hier aus läuft man gut eine halbe Stunde in den Hambacher Forst. Im Zug aus Köln bin ich nicht der Einzige, der den Wald besuchen will. Gleichzeitig mit mir laufen gut 10 andere Menschen in die Richtung. Es sind ganz unterschiedliche Leute, zwei junge Frauen, die große Rucksäcke mit Schlafsack und Isomatte dabei haben, eine Frau um die 50 mit ihrer er-

<sup>2</sup> Aus: Weiermann, Sebastian: Ein Tag im Wald. Zu Besuch im Hambacher Forst, zwischen Steinwürfen und Idylle, in: neues deutschland, 27.8.2018, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/1098619.waldbesetzung-ein-tag-im-wald.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/1098619.waldbesetzung-ein-tag-im-wald.html).

wachsenen Tochter, einem Hund und einem Kuchen. Insgesamt studentisch-akademisches Großstadtmilieu, das sich mal in dem Wald, der so oft in den Nachrichten vorkommt, umschauen will. Weit kommen wir alle nicht. An einer Abzweigung auf halber Strecke stehen mehrere Mannschaftswagen der Polizei. Als Journalist soll ich mich erstmal zu einer Kollegin stellen, die dort warten muss. Die anderen Menschen werden von der Polizei umstellt, die Beamten wollen die Personalien der Waldbesucher\*innen kontrollieren, Ausweise werden eingesammelt. Meiner Kollegin und mir wird nach wenigen Minuten gesagt, dass wir «auf eigene Gefahr» in den Wald gehen dürften. Etwas später bekommen die Waldbesucher\*innen ihre Ausweise zurück, auch sie dürfen den Hambacher Forst betreten.

Im Wald selbst ist die Polizei am Mittag nicht zu sehen. Die Besetzer\*innen nutzen das. Bunkers werden vergrößert, neue Löcher in die Wege gegraben, ein weiteres Baumhausdorf nimmt Formen an. Ich will zum «radikalen Waldspaziergang». Das klingt interessant, irgendwie offensiv. Wenn irgendwo Molotow-Cocktails und Steine geworfen werden, dann doch wohl da. Erstmal höre ich aber einen langen Vortrag über die Klimabewegung, Kapitalismus, die Militarisierung der Polizei. Alles gut begründet, aber auch nicht sonderlich innovativ. Dann

ruft der Vortragende seine Zuhörer dazu auf, sich kleine Beutel zu nehmen und Eicheln und Ahornsamen zu sammeln. Das ist mir eindeutig zu langweilig. Ich verlasse den Waldspaziergang und lasse mir, begleitet von einem Aktivist, die «Sprengkörper» im Westen des Waldes zeigen, die die Polizei noch untersuchen will. Die Sprengsätze entpuppen sich bei näherer Betrachtung als zwei Feuerlöscher, die im Abstand von 200 Metern auf einem Weg eingegraben sind. An einem klebt etwas Gaffatape und ein paar Kabel, der zweite ist mit Fäkalien beschmiert. Schön ist das nicht, besonders riecht es nicht gut. Wirklich Angst scheint man aber auch bei der Polizei nicht vor den «Sprengkörpern» zu haben. Am späten Nachmittag wird eine halbe Hundertschaft entspannt neben einer der vermeintlichen Bomben stehen. Ein Aktivist erzählt, dass es noch nie Sprengsätze im Wald gegeben habe, höchstens Bomben aus dem Zweiten Weltkrieg. Der Hambacher Forst lag in der Einflugschneise nach Köln. Warum die Attrappen? Die Antwort, die Waldschützer\*innen geben, ist einfach, sie machen den Polizeieinsatz komplizierter, langwieriger und teurer. Gut findet das nicht jede\*r im Wald, es wird diskutiert, die Feuerlöscher auszugraben und an den Waldrand zu bringen. Manche befürchten, die angeblichen Sprengfallen könnten zum Vorwand für die Räumung von Baumhäusern in der

Nähe genommen werden. Ein Konsens darüber wird nicht gefunden. Die Feuerlöscher bleiben. Ich gehe nach Oaktown, einem der ältesten und größten Baumhausdörfer im Hambacher Forst. In Oaktown kommen am Nachmittag viele Aktivist\*innen zum Essen zusammen. Es wird diskutiert, geplant und sich miteinander abgesprochen. Wer geht wann zu welchem Aussichtspunkt, um melden zu können, wenn die Polizei kommt. Waldbesucher\*innen mit Hunden und Kindern sind da, interessieren sich für die Baumhäuser und das Zusammenleben im Hambacher Forst. Die Waldbewohner\*innen geben gerne Auskunft. Mittendrin sitzen die Künstler\*innen Saxana und Helge Hommes. Ihre Arbeiten werden in Galerien in Paris, München oder Berlin ausgestellt. Sie stehen vor großen Staffeleien und portraituren das Leben im Wald. Helge Hommes spricht von der «positiven Energie» der Menschen im Forst. Was RWE und die Polizei im Wald trieben, sei «unverantwortlicher Irrsinn», so die beiden Künstler\*innen. Ruhig, kreativ und voller Lebensfreude, so nehme ich die Menschen in Oaktown auch wahr. Es ist zu diesem Zeitpunkt entspannt im Wald, auf einem Gartensessel döse ich beinahe weg. Die Ruhe hält allerdings nur einige Minuten. In Oaktown kommt die Meldung an, dass über 30 Mannschaftstransporter im Westen des Waldes bei den vermeintlichen Sprengsätzen an-

gekommen seien. Nach einem Sprint durch den Wald sehe ich eine Gruppe von vielleicht 20 verummten Aktivist\*innen, die der Polizei gegenüberstehen. Die rückt mit Schildern und gezogenen Knüppeln vor. Die Aktivist\*innen antworten mit Beschimpfungen und Steinen, die auf Helme und Schilder prallen. Straßenkampf im Wald. Irgendwann wird es der Polizei zu blöd, sich bewerben zu lassen. Im Laufschrift rücken die Polizist\*innen vor. Anweisungen werden auf der einen wie der anderen Seite gebrüllt, «Barrikade einnehmen», schreit ein Polizist, «Rückzug» einer der Aktivist\*innen. Das Spielchen wiederholt sich, bis die verummten Aktivist\*innen in die Mitte des Waldes getrieben sind. Dort treffen die mit Steinen ausgestatteten Aktivist\*innen auf andere Waldschützer\*innen. Es wird heftig diskutiert. Die Gewalt schade dem Protest, diese Bilder seien es, die RWE und Polizei provozieren wollten, bekommen die Steinewerfer\*innen zu hören. Sie antworten, dass sie gerne keine Steine werfen würden, wenn ein paar Hundert friedliche Demonstrant\*innen sich der Polizei in den Weg setzen würden. Solange das nicht geschehe, sei Militanz der einzige Weg, den Wald zu schützen. Eine verfahrenere Situation auf beiden Seiten. Wut, Angst, Stress und Ohnmacht sind bei friedlichen wie militanten Aktivist\*innen zu spüren. Irgendwann zerstreuen sich die

militanten Aktivist\*innen, sie befürchten ein weiteres Vorrücken der Polizei. Die denkt aber überhaupt nicht daran, sondern sperrt die beiden vermeintlichen Sprengkörper in einem großen Radius ab und beschränkt sich darauf. Einige Kolleg\*innen und ich werden aus dem Wald gebeten wegen der Sprengkörper und dem Einsatz, um diese zu entschärfen. Das dauert auch gar nicht so lange. Die Entschärfer\*innen kommen mit den Feuerlöschern aus dem Wald, wieder keine Bomben. Ich frage einen Beamten, ob es dann möglich sei, den Wald wieder zu betreten. Er sagt Nein und will sich auch nicht bei seinem Vorgesetzten erkundigen. Also rufe ich die Pressestelle der Polizei an, diese gibt nach ein paar Minuten grünes Licht für die Rückkehr in den Wald, mein Telefon soll ich dem Beamten geben. Der will nur über Lautsprecher mit dem Pressesprecher reden und bezweifelt dann, dass der Pressesprecher der Pressesprecher ist. Erst nachdem der aufgezählt hat, wer im Führungsstab der Poli-

zei sitzt, gibt sich der Beamte an der Sperrstelle zufrieden. Die Anweisung, dass alle Medienvertreter\*innen wieder in den Wald dürfen, überhört er, weswegen Kolleg\*innen noch ein weiteres Mal die Pressestelle anrufen müssen. Blödes Spielchen, denke ich mir, belasse es aber dabei, das zu denken.

An einem der Zugänge zum Wald hat sich eine Person aus der Besetzerszene in einem Betonblock, der unter einem Schrottauto eingegraben ist, angekettet. Die Polizei wird bis 22 Uhr brauchen, um die Person zu befreien. In der Zwischenzeit trägt RWE mit einem großen Radlader einzelne Barrikaden in der Nähe ab. Polizei und RWE sind es in der Gegend gewohnt, gemeinsam zu agieren. Nach knapp elf Stunden verlasse ich den Hambacher Forst am späten Abend. Ein langer Tag, mit ganz unterschiedlichen Eindrücken. Gewalt, in Form von Steinwürfen gab es. Molotow-Cocktails, von denen die Polizei in einer Pressemitteilung spricht, die habe ich nicht gesehen.»

---

### Von Huarez zum «Hambi»

Klimagerechtigkeit ist eine weltweite Angelegenheit. Die Braunkohlekraftwerke von RWE sind in Europa einer der größten Klimasünder, RWE will dafür aber nicht die Verantwortung

übernehmen. Staatliche Aktionäre könnten einschreiten, scheuen sich allerdings. Saúl Luciano Lliuya ist Bauer und Bergführer in der peruanischen Andenstadt Huarez.

Oberhalb der Stadt gibt es einen Gletschersee. Durch den Klimawandel schmilzt der Gletscher und der See droht Huarez zu überfluten. Der peruanische Staat verfügt nicht über die nötigen Mittel, um der Staumauer die notwendige Stabilität zu verleihen. Deswegen hat Saúl Luciano Lliuya, unterstützt von der NGO Germanwatch, Klage gegen RWE eingereicht. RWE ist mit einem Ausstoß von 107 Tonnen CO<sub>2</sub> (2009) einer der größten Kohlenstoffdioxidemittenten weltweit und trägt zu schätzungsweise 0,5 Prozent des jährlichen Ausstoßes von Kohlenstoffdioxid bei. Lliuya fordert vom Energiekonzern, dass er sich mit ebenjenen 0,5 Prozent an den Sicherungsmaßnahmen für die Stadt Huarez beteiligt. Das Argument von ihm und seiner Anwältin Roda Verheyen lautet: Das Treibhausgas macht nicht an Ländergrenzen halt, deswegen ist es nur gerecht, wenn RWE sich als Verursacher auch an Schutzmaßnahmen in Peru beteiligt. Was sie fordern, ist im Prinzip nicht viel. Ein paar Tausend Euro müsste RWE bezahlen, mehr nicht. Der Konzern hat vermutlich schon für manches Dorffest im Rheinischen Revier mehr Geld ausgegeben. RWE weigert sich allerdings, der Forderung nachzukommen. Zahlt man für Huarez, gesteht man globale Verantwortung ein. Das will RWE nicht. Saúl Luciano Lliuya ist, nachdem er mit

seiner Klage vor dem Landgericht Essen gescheitert ist, mittlerweile in die zweite Instanz gegangen. Das Oberlandesgericht Hamm hat einer Beweisaufnahme zugestimmt. Nun sind verschiedene Gutachter am Zug.

In der Klimagerechtigkeitsbewegung weiß man, dass Kohlenstoffdioxid nicht an Landesgrenzen stoppt und dass der Kampf gegen den Klimawandel eine internationale Auseinandersetzung ist. So wie die Klage von Saúl Luciano Lliuya von einer deutschen NGO unterstützt wird, hatten die Besetzer des Hambacher Forsts auch schon Besuch von Menschen aus dem Widerstand in der Standing Rock Reservation in den USA. Dort setzen sich Indigene seit Jahren gegen den Bau einer Ölpipeline durch ihr Reservat ein. Im Zuge des UN-Klimagipfels in Bonn waren auch Mitglieder der «Pacific Climate Warriors» im Hambacher Forst zu Gast, deren Inseln wegen des Klimawandels unterzugehen drohen. Auch die deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung ist regelmäßig im Ausland aktiv. So unterstützten Aktivist\*innen in den letzten Jahren Proteste gegen ein Gasfeld bei Groningen und gegen den Kohlehafen von Amsterdam oder beteiligten sich an den Klimacamps in Tschechien. Bei deutschen Städten und Kreisen scheint das Wissen über Zusammenhänge und Auswirkungen des Klimawandels hingegen noch

nicht ganz angekommen zu sein. Sie halten nicht unerhebliche Anteile an den Aktien von RWE. Dortmund etwa hält direkt und über Tochterunternehmen der Stadt rund vier Prozent an RWE. Der Oberbürgermeister der Stadt, Ullrich Sierau, sitzt sogar im Aufsichtsrat des Konzerns und versucht gleichzeitig, seine Stadt als Vorzeigeort für die Energie-

wende zu präsentieren. In Dortmund und vielen anderen Städten regt sich allerdings recht wenig. Es gibt kaum Druck auf die politisch Verantwortlichen, aus der Kohleverstromung und der Nutzung fossiler Energien auszusteigen. Dabei könnte genau dort ein Hebel für die Klimabewegung in Deutschland sein, um global für etwas mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

---

## DER BODEN WIRD PLATTGEMACHT

Während sich die Maßnahmen der Polizei bis zu diesem Zeitpunkt vor allem gegen Abwehrstrukturen der Waldbesetzung richteten, also Barrikaden usw. geräumt werden, die nicht direkt dem gemeinsamen Leben im Wald dienen, ändert sich dies nun. Ende August wird das Wiesencamp am Rande des Waldes durchsucht. Die Polizei teilt mit, sie sei auf der Suche nach Gegenständen, mit denen kürzlich Straftaten begangen worden seien oder mit denen in Zukunft Straftaten begangen werden könnten. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, präsentiert in Düsseldorf der versammelten Presse Waffen, die bei Durchsuchungen gefunden worden seien. Er erklärt, es habe sich um den Wald eine «gewaltbereite, linksautonome» Szene angesiedelt,

warnet vor ausländischen «Chaoten» und bemüht das Schreckensbild von den G20-Riots in Hamburg. Das ist das erste Mal, dass Reul in dieser Geschichte ein Fauxpas unterläuft. Es stellt sich heraus, dass ein Großteil der gezeigten Waffen schon bei einer Durchsuchung im Sommer 2016 gefunden wurde. Reul hat keinen konkreten Zeitpunkt genannt, allerdings suggeriert seine Präsentation, dass die Waffen erst kürzlich gefunden worden seien. Teile der Öffentlichkeit fühlen sich erstmals von Reul getäuscht. Nach den zahlreichen Polizeimeldungen über Angriffe mit Molotowcocktails und Steinen setzt sich allerdings auch ein Teil von Reuls Narrativ von den «linksterroristischen» Besetzern durch. Die *Rheinische Post* berichtet sogar unter Berufung auf Polizeikreise von

einem dem Vietcong ähnelnden Tunnelsystem unter dem Hambacher Wald.<sup>3</sup>

Wenige Tage nach der Heraufbeschwörung von linken Gewaltexzessen im Hambacher Forst rückt am 5. September die Polizei mit einem erdrückenden Aufgebot an. In einer Mitteilung der Polizei heißt es dazu: «Heute Morgen überprüft RWE im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht erneut die Rettungs- und Einsatzwege im Hambacher Forst und macht diese frei. Unrat und offensichtlicher Müll innerhalb des Waldes werden ebenfalls beseitigt und entsorgt.» Eine Räumung von Baumhäusern oder dem Camp erfolge nicht. Dieser Einsatz entpuppt sich aber als Auftakt zur Räumung. Während die Besetzer\*innen in ihren Baumhäusern sitzen, schnappen sich von RWE angeheuerte Arbeiter\*innen alles, was auf dem Boden zu finden ist. Im Baumhausdorf Oaktown werden Küche und ein Infostand komplett zerstört und die Überreste mitgenommen. Das geschieht nach und nach in jedem Baumhausdorf. Die Bodenstrukturen der Besetzung, zentrale Orte für das gemeinsame Leben im Wald werden beseitigt. Staat und Energiekonzern wollen an diesem Tag im Wald ihre Macht demonstrieren. Wann geräumt wird, bestimmen sie, wie das geschieht, auch.

Die vom nordrhein-westfälischen Innenministerium entworfenen Schreckensszenarien er-

weisen sich als völlig aus der Luft gegriffen. Militant agiert an diesem Morgen fast niemand. Auch die Polizei hat nicht mehr zu berichten als den Bewurf mit Pyrotechnik sowie mit Urin und Fäkalien. Molotowcocktails und Stahlkugeln nutzen die Waldbesetzer\*innen offenbar nicht. Auch RWE und Polizei merken irgendwann, dass sie nicht mit großem Widerstand rechnen müssen. In immer mehr Baumhausdörfern werden die Mitarbeiter\*innen des Energiekonzerns geschickt, teilweise nur von einer Handvoll Polizisten begleitet. Die Bilder in den Hütendörfern gleichen sich. Was auf dem Boden ist, kommt weg. Bis zum Nachmittag haben Polizei und RWE fast alle Dörfer im Wald begangen. Von der Infrastruktur dort ist nicht mehr viel übrig.

Von diesem Polizeieinsatz sind auch die Künstler\*innen Saxana und Helge Hommes betroffen. Zehn Tage lang haben sie das Leben im Wald auf Bildern porträtiert. Eigentlich wollten sie am 5. September zur Vernissage in den Wald laden. Doch die Künstler\*innen werden nicht in den Wald gelassen. Nach zähen Verhandlungen mit der Polizei dürfen sie doch in

<sup>3</sup> Schwerdtfeger, Christian: Militante Rodungsgegner haben Verteidigungsanlagen angelegt. Das Innenministerium bereitet einen langfristigen Großeinsatz vor, in: RP online, 9.9.2018, unter: [https://rp-online.de/nrw/panorama/hambacher-forst-polizei-entdeckt-tunnel\\_aid-32786277](https://rp-online.de/nrw/panorama/hambacher-forst-polizei-entdeckt-tunnel_aid-32786277).

den Forst, aber Gäste sollen sie nicht empfangen. Eine Vernissage ohne Publikum also. Einen Tag später, am 6. September, wiederholt sich der Polizeieinsatz im Hambacher Wald. Dabei werden erste kleinere Bäume gefällt, damit die RWE-Mitarbeiter\*innen es mit ihren Baumaschinen leichter haben, die Bodenstrukturen zu entsorgen. Das linksradikale Bündnis «Aktion Unterholz», das vorher über Wochen für Aktionen des zivilen Ungehorsams nach dem Räumungsbeginn im «Hambi» aufgerufen hatte, erklärt den Tag X für gekommen: «Nach Tagen massiver Polizeieinsätze im Hambacher Forst sind nun die ersten Bäume gefallen. Durch Beginn der Rodung hat Aktion Unterholz den Tag X ausgerufen und mobilisiert nun bundesweit für den Schutz des Hambacher Forsts. Ab morgen, dem 7.9.2018, werden Aktionen zivilen Ungehorsams im Hambacher Forst stattfinden, um die Rodungsarbeiten von RWE in Kooperation mit dem Land Nordrhein-Westfalen aufzuhalten.» «Dass RWE und das Land NRW trotz des vielfältigen Protestes in und um den Hambacher Forst mit den Rodungen begonnen haben, halten wir für fatal. Was wir hier sehen, ist eine Krise der Demokratie, in welcher eine Lücke zwischen Recht und Gerechtigkeit aufklafft. Hier werden unumkehrbare Tatsachen geschaffen, die unser aller Lebensgrundlagen gefährden.

Ab Morgen werden wir daher mit zivilem Ungehorsam die Rodungen verhindern», sagt Anna Schönberg, Pressesprecherin der «Aktion Unterholz».

Den Rodungen ist ein Großeinsatz der Polizei vorausgegangen. Über Wochen hat sie sich darauf vorbereitet. So ist das Gebiet um den Hambacher Wald zum «gefährlichen Ort» erklärt worden, was verdachtsunabhängige Kontrollen aller Unterstützer\*innen der Besetzung erlaubt. «Unsere Aktionen verteidigen mittlerweile viel mehr als nur den Hambacher Wald», kommentiert Emil Freytag von der «Aktion Unterholz». «Wir verteidigen hier auch unsere Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die in den vergangenen Wochen massiv eingeschränkt wurden. Es geht nicht mehr nur um die Frage nach Wald oder Kohle, es geht auch um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen», so Freytag weiter.

Im und um den Hambacher Forst breitet sich der Unmut über die Polizeimaßnahmen aus. Dem Aufruf der «Aktion Unterholz» folgen über 100 Menschen. Sie werden über Stunden von der Polizei kontrolliert und können nur unter Angabe ihrer Personalien und in kleinen Gruppen den Wald betreten. Am Sonntag, den 9. September, kommen über 1.000 Menschen zu einem Waldspaziergang, zu dem der Aacheener Naturführer Michael Zobel eingeladen hat.

Zobel setzt sich seit Jahren für den Erhalt des Waldes ein. Seine Spaziergänge sind Event. Zobel kann mitreißend erzählen, die Besetzer\*innen spielen mit, seilen sich bei den Führungen spektakulär ab und berichten vom Leben im Wald. Bisher waren ein paar Hundert Menschen zu den Spaziergängen gekommen, aber so viele, das war neu. Das große mediale Interesse, die Polizeieinsätze, viele Menschen wollen sich jetzt ein eigenes Bild machen. Eine Bewegung, die über die Klimagerechtigkeitsbewegung sowie Menschen, die ihre Region erhalten wollen, und Naturschützer\*innen hinausgeht, beginnt rund um den Hambacher Forst Gestalt anzunehmen.

Nach den Polizeiaktionen Anfang September scheint sich die Situation in und rund um den Wald erst einmal zu entspannen. Der BUND (Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland) hat schon vor längerer Zeit gegen den Betriebsplan des Tagebaus Hambach geklagt. Das Oberverwaltungsgericht Münster will über diese Klage bis Mitte Oktober entscheiden und bitet RWE um eine sogenannte Stillhaltezusage. Der Energiekonzern gibt diese und verpflichtet sich damit, nicht vor dem 14. Oktober 2018 mit der Rodung des Waldes zu beginnen. Eine Räumung der Baumhäuser scheint daraufhin nicht mehr unmittelbar notwendig, ein zeitlicher Puffer gewonnen.

---

### Militanzdebatten

In der Auseinandersetzung um den Hambacher Forst geht es auch immer wieder um die Frage nach der «richtigen» Protestform. Was hilft dem «Hambi», was schadet ihm? Immer wieder wurde in den vergangenen Monaten über Protestformen gestritten. Am deutlichsten wurde dies wohl, als es in den Weihnachtstagen 2018 mehrere Polizeimeldungen über Attacken auf RWE-Sicherheitskräfte und eine Pumpstation gab. Legitimer Protest

gegen einen üblen Konzern? Kontraproduktiv und die Waldbesetzung gefährdend? Das Werk von bezahlten Provokateuren, die vom Staat oder RWE bestellt wurden, um die Waldschützer\*innen zu diskreditieren? Gerade in den sozialen Netzwerken tobte eine teilweise leidenschaftliche Diskussion. Dass diese Debatte von so vielen und so leidenschaftlich geführt wurde, hängt mit dem Erfolg der Bewegung für den Erhalt des Wal-

des zusammen. Der Hambacher Forst wurde zur Projektionsfläche von Tausenden Menschen, die jeweils Unterschiedliches empfanden: vom pazifistischen Naturfreund bis hin zur linksradikalen Aktivistin, der es auch um die Frage eines neuen Zusammenlebens im Wald geht. Auch gibt es ganz unterschiedliche Erfahrungen aus dem Wald. Gelegenheitsbesucher\*innen, die bei den großen Spaziergängen dabei waren, haben Polizei und RWE-Sicherheitsleute nur am Rande und als zurückhaltend wahrgenommen. Wer im Wald gewohnt und Beleidigungen und konkrete Bedrohungssituationen erlebt hat, entwickelt ein anderes Verhältnis zum «Gegner». Nicht nur im Netz führte dies zu erbitterten Diskussionen. Auch im Wald gab es Situationen, in denen Aktivist\*innen mit Steinwürfen versuchten, die Polizei aus dem Wald zu halten, während sie gleichzeitig mit pazifistisch eingestellten Waldschützer\*innen diskutierten, die ein solches Vorgehen verurteilten. Auf einen gemeinsamen Nenner kamen sie dabei nicht.

Für die Einordnung einer solchen Debatte lohnt ein Blick in die Geschichte ähnlicher politischer Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik. Etwa der Widerstand gegen die Atomenergie. Anders als es der Kinofilm «Wackersdorf» suggeriert, waren es nicht nur die

Bürger\*innen der Oberpfalz, die den Bau der Wiederaufbereitungsanlage verhinderten, sondern auch linksradikale Aktivist\*innen, die aus dem ganzen Land anreisten und für Tumulte am Bauzaun der Anlage sorgten. Auch in späteren Jahren, etwa bei den Castor-Transporten in Gorleben, waren Autonome beteiligt, die mit ihren Aktionen gegen die Polizei dazu beitrugen, dass sich Räume für friedliche Sitzblockierer öffneten. Linke Militanz ist allerdings keine reine Erfolgsgeschichte. Im Rahmen des Protests an der Frankfurter Startbahn West erschoss ein Autonomer 1987 zwei Polizisten. Die autonome Szene im Rhein-Main-Gebiet distanzierte sich von dem Vorfall, sprach vom Tabu des Einsatzes von Schusswaffen. Trotzdem zerfiel daraufhin die Anti-Startbahn-Bewegung. «Die Kugeln trafen auch die Bewegung tödlich. Danach gab es keinen organisierten Protest mehr gegen die Startbahn», erklärte ein Mitglied der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West zehn Jahre später in der *tageszeitung*.

Nun war zwar alles, was bisher im Hambacher Forst passiert ist, weit vom Schusswaffeneinsatz entfernt, trotzdem müssen sich auch heute Aktive über ihre Protestformen und deren Vermittelbarkeit Gedanken machen. Der Protest im «Hambi» ist auch deshalb so groß geworden, weil er nicht die vom NRW-Innen-

ministerium prophezeiten Krawallbilder produziert hat. Als erfolgreich und sich in Teilen verselbstständigend hat sich der zivile Ungehorsam erwiesen. Viele Menschen haben

---

beim Protest rund um den Wald die kollektive Erfahrung gemacht, dass es möglich ist und zielführend sein kann, Anweisungen der Polizei einfach nicht nachzugehen.

## DIE RÄUMUNG

Dass man sich mit der Räumung Zeit lassen kann, wird bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung allerdings nicht so gesehen. Im Hintergrund arbeitet man an einer kreativen Begründung für die geplante Räumung. Bis 2017 regierte in Nordrhein-Westfalen ein Bündnis aus SPD und Grünen. Auch damals gab es zahlreiche Einsätze und Räumungen im Hambacher Forst. Allerdings stufte die rot-grüne Regierung die Baumhäuser nicht als «bauliche Anlagen» ein, die Hütten wurden geräumt, wenn sie RWE im Weg standen. Diese Auffassung ändert sich unter der CDU-Bau- und Heimatministerin Ina Scharrenbach. In einem Schreiben vom 12. September 2018 fordert das Ministerium die Stadt Kerpen und den Kreis Düren – der Hambacher Forst liegt in einem Gebiet, das von unterschiedlichen Stellen verwaltet wird – dazu auf, ab dem 13. September die Baumhäuser im Wald zu räumen. Stadt und Kreis müssten als Bauaufsichtsbehörden tätig werden, die Baumhäuser wie-

sen erhebliche Brandschutzmängel auf, so die Begründung aus dem Ministerium. Die Städte sollen sich mit der Polizei abstimmen, außerdem wird auf ein Angebot von RWE hingewiesen, «Gerätschaften» für die Räumung zur Verfügung zu stellen. Auch der gerichtlich verhängte Rodungsstopp spielt für das Ministerium keine Rolle. Das Fällen einzelner Bäume, um mit Hubsteigern, Kränen usw. an die Baumhäuser heranzufahren, sei keine Rodung und bedürfe keiner «forstrechtlichen Genehmigung».

Am 13. September 2018 beginnt die eigentliche Räumung des Hambacher Waldes. Die nordrhein-westfälische Polizei hat sich hierfür Verstärkung aus mehreren Bundesländern geholt. Wasserwerfer und Räumpanzer werden am und im Forst positioniert, Hundertschaften dringen in den Wald ein. Eine Sitzblockade kann die Hundertschaften auf dem Weg in das Baumhausdorf Oaktown nicht aufhalten. Tripods und Barrikaden werden entfernt. Vor jeder Baum-

Vor jeder Räumung werden die Besetzer\*innen aufgefordert, ihre Baumhäuser zu verlassen.



hausräumung verliert jemand von der Stadt Kerpen oder des Kreises Düren, je nachdem, wo sich das Baumhaus im Wald befindet, mit einem Megafon einen vorbereiteten Text. Das Baumhaus müsse abgerissen werden, wer sich darin befinde, habe 30 Minuten, um seine Habseligkeiten einzupacken und den Baum zu verlassen. Geschieht das nicht, werde die Polizei eingesetzt. Nach Ablauf der Wartezeit stehen Forstarbeiter\*innen und Polizei bereit. Sie fällen die Bäume, die im Weg stehen, und schütten Wege mit Kies auf. Dann fahren, je nach Lage und Höhe des Baumhauses, Arbeitsbühnen oder sogar riesige Kräne nah an das Baumhaus heran. Speziell ausgebildete Polizist\*innen, meist aus Sondereinsatzkommandos, die klettern können, begeben sich in die Bäume. Manche Räumung verläuft ruhig. Menschen aus den Baumhäusern lassen sich von den Beamten auf die Hebebühnen führen, fahren mit auf den Boden und werden dort kontrolliert. Bei anderen Räumungen versuchen Aktivist\*innen, den Polizist\*innen zu entkommen, hangeln sich dafür an Seilen zwischen den Bäumen entlang. Wenn es bei der Räumung hitziger wird, kann das für Aktivist\*innen auch einmal schlecht enden. Eule, die bei ihrer Räumung in einer Hängematte liegt und dabei um sich getreten haben soll, wird im Februar 2019 der Prozess gemacht. Wegen Widerstands gegen Vollstre-

ckungsbeamte und Körperverletzung wird sie zu einer neunmonatigen Haftstrafe verurteilt. Eine Bewährungsstrafe kommt für den Kerpener Richter nicht infrage. Eule habe «schädliche Neigungen», von ihr seien weitere Straftaten zu erwarten. Auch eine politische Belehrung lässt der Richter sich nicht entgehen: «Dass der Hambacher Forst diesen Symbolcharakter hat, ist das Verdienst der Zivilgesellschaft und nicht das Verdienst von Chaoten, die öffentliche Gebäude mit Kot beschmieren oder Molotowcocktails auf Polizisten werfen.»

Im Grunde wiederholt sich knapp zwei Wochen lang täglich das beschriebene Räumungsprozedere. Die Polizei rückt an, ein Mensch vom Bauamt liest die Verfügung vor, danach wird geräumt. Kommt es zu Sitzblockaden rund um die Bäume, werden die Teilnehmer\*innen mal brutal von den Bäumen weggeprügelt, mal werden sie nur zur Seite getragen. An anderen Stellen ist die Polizei auch präsent. Kontrolliert wird, wer in den Wald geht oder ihn gerade verlässt. Auch hier machen Menschen, egal ob Aktivist\*innen, Journalist\*innen oder nur interessierte Bürger\*innen, ganz unterschiedliche Erfahrungen mit den Beamten. Manche sind freundlich, erklären, dass dieser Einsatz ihnen auch nicht gefällt, andere halten jeden Menschen für einen Störenfried und genießen es sichtlich, langwierige Kontrollen durchzuführen.

---

## Repressionen gegen die Klimagerechtigkeitsbewegung

Untersuchungshaft, Verurteilungen, Schadensersatzforderungen und ein eigenes Gesetz. Der Widerstand gegen die Kohleverstromung wird von Staat und RWE massiv bekämpft.

«Wenn wir vom Feind bekämpft werden; dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat.»

Dieses Zitat stammt vom Staatsgründer Chinas, Mao Tse-tung. Man muss nicht unbedingt ein Fan des ehemaligen «Großen Vorsitzenden» sein, um diesen Sätzen im Zusammenhang mit der Klimagerechtigkeitsbewegung und der Besetzung im Hambacher Forst etwas abzugewinnen. In den schwärzesten Farben malte das Innenministerium ein Bild von der «Hambi»-Besetzung. Journalist\*innen bekamen Messer, Blasrohre und Zwillingen präsen-

tiert. International agierende «linksextreme Gewalttäter», so die Auskunft auf Pressekonferenzen, hätten sich im Wald vernetzt und ein Tunnelsystem, wie es der Vietcong hatte, aufgebaut. Es war von ständigen Angriffen auf Polizeibeamte und Sicherheitskräfte mit Molotowcocktails die Rede sowie vom Bombenbau im Wald. Brandsätze mögen vereinzelt geflogen sein, die mutmaßlichen Sprengfallen, für die mehrfach Entschärfer-Teams der Polizei anrückten, entpuppten sich als eingegrabene alte Feuerlöscher. Dass die «Hambi»-Besetzer\*innen nicht mit Bomben hantieren, dürfte bei Polizei und Innenministerium bekannt gewesen sein, aber solche Meldungen machten sich gut in der Presse, erzeugten ein Schreckensbild der Besetzer\*innen.

Der Staat beließ es jedoch nicht bei Anschuldigungen. Im Zuge der Räumung im Herbst 2018 wurden mehrere Aktivist\*innen aus dem Wald festgenommen und mit Untersuchungshaft bestraft. Der bekannteste Fall ist wohl der von Eule, die Ende September Opfer der Räumung eines Baumhauses durch fünf SEK-Beamte wurde. Sie soll, als diese sie aus einer Hängematte zerrten, um sich geschlagen und getreten haben, auch noch, als sie

bereits am Oberkörper fixiert auf dem Boden lag. Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchte gefährliche und einfache Körperverletzung lauteten die Vorwürfe gegen Eule, die im Februar 2019 zu einer neunmonatigen Haftstrafe verurteilt wurde. Eules Verteidiger legte Berufung gegen das Urteil ein, ein Richter am Landgericht entschied, dass eine sechsmonatige Untersuchungshaft nicht verhältnismäßig sei, und ließ Eule frei. Eine endgültige gerichtliche Klärung steht noch aus. Eule ist dabei längst nicht die einzige Person aus dem «Hambi»-Widerstand, die für ihren Aktivismus über Wochen und Monate in Untersuchungshaft musste oder zu Haftstrafen verurteilt wurde.

Dass der Wind gegen die Klimagerechtigkeitsbewegung allgemein schärfer wird, zeigt sich auch an einem Fall aus dem Frühjahr 2019. Aus Unzufriedenheit mit dem Kompromiss der Kohlekommission besetzten Aktivist\*innen von «Ende Gelände» und «Robin Wood» am 4. Februar Kohlebagger in den Tagebauen Welzow Süd und Jänschwalde in der Lausitz. 23 Menschen wurden im Zuge der Räumung zur Identitätsfeststellung auf Polizeipräsidien gebracht. Am 5. Februar folgte die haftrichterliche Vorführung. Der Grund: Die Aktivist\*innen hatten ihre Personalien nicht angeben wollen, wegen Fluchtgefahr

wurden 18 von ihnen inhaftiert. Fünf Personen, die ihre Personalien angegeben hatten, kamen frei. In den darauffolgenden Tagen machten 15 weitere Inhaftierte Angaben zu ihrer Person und wurden entlassen. Stanley, Nonta und Vincent, die sich weiterhin weigerten, dies zu tun, blieben inhaftiert und wurden Ende Februar 2019 in einem beschleunigten Verfahren zu jeweils zwei Monaten Haft wegen Hausfriedensbruchs verurteilt.

Ähnliches passierte parallel in Nordrhein-Westfalen. Nach einer Baggerbesetzung im Tagebau Garzweiler wurden festgenommene Aktivist\*innen, die Angaben zur Person verweigerten, für mehrere Tage in Gewahrsam genommen. Vor Änderung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes wäre dies nur für zwölf Stunden möglich gewesen. Nicht zuletzt wegen der Erfahrungen aus dem Hambacher Wald und bei den Massenaaktionen von «Ende Gelände» hatte die Landesregierung einen Passus in das neue Polizeigesetz aufnehmen lassen, wonach bei der Verweigerung von Personalienangaben eine Gewahrsamnahme von bis zu einer Woche droht. Anspruch auf eine anwaltliche Vertretung haben Menschen in dieser Zeit nicht.

Das staatliche Vorgehen gegen die Klimagerechtigkeitsbewegung ist allerdings nur eine Seite der Medaille. Auch die Energiekonzern-

ne schonen ihre Gegner\*innen nicht. Nach erfolgreichen Protestaktionen verschickte eine von RWE beauftragte Anwaltskanzlei zivilrechtliche Unterlassungserklärungen. Wer eine solche Erklärung unterschrieb, dem drohen bei einer erneuten Teilnahme an Protestaktionen, die den Betrieb von RWE stören, Strafzahlungen in Höhe von Tausenden Euro. Ein anderes Mittel, mit dem der Konzern versucht, den Protest zu unterdrücken, sind Schadensersatzklagen. Während des Bonner Weltklimagipfels 2017 hatte eine kleine Gruppe von Aktivist\*innen die Kohleförderbänder des Kraftwerks Weisweiler blockiert. Anschließend waren sie in Gewahrsam genommen und ihre Personalien aufgenommen worden. Mehr als ein Jahr später flatterten Schadensersatzforderungen in die Briefkästen

von fünf Blockierer\*innen und einem Journalisten, der die Aktion begleitet hatte. Zwei Millionen Euro sollten sie zahlen, da dem Konzern ein großer wirtschaftlicher Schaden entstanden sei. Zum einem habe man Strom an der Strombörse kaufen, zum anderen Geld an Übertragungsnetzbetreiber zahlen müssen. Außerdem, so ein RWE-Sprecher, wollte man damit klarmachen, dass «diese Art des zivilen Ungehorsams kein Spaß mehr ist».

Ob es RWE ist oder der Staat: Wer sich radikal für den Klimaschutz einsetzt, der muss damit rechnen, dass gegen ihn oder sie vorgegangen wird. Allerdings verfügt die Klimagerechtigkeitsbewegung auch über starke solidarische Strukturen, die für einen kollektiven Umgang mit Repressalien wie Geldforderungen oder Strafandrohungen sorgen.

---

## STEFFEN MEYN

Es ist dieses Verhalten der Polizei, das auch Steffen Meyn auf die Bäume getrieben hat. Der 27-Jährige studiert an der Kölner Kunsthochschule für Medien. Im Rahmen des Studiums arbeitet er an einer Dokumentation über das Leben der Waldbesetzer\*innen. Die polizeilichen Absperrungen bei der Räumung emp-

findet Steffen Meyn als zu weiträumig. Für ihn ist es so nicht möglich, den Einsatz filmisch zu dokumentieren. Also entschließt er sich, in die Baumhäuser von Beechtown zu klettern. Am 18. September twittert er: «Nachdem die Presse in den letzten Tagen im #HambacherForst oft in ihrer Arbeit eingeschränkt wurde, bin ich

nun in 25m Höhe auf Beechtown, um die Räumungsarbeiten zu dokumentieren. Hier oben ist kein Absperrband.» Einen Tag später, am 19. September, stürzt Steffen Meyn von einer Traverse zwischen den Bäumen ab. Ein Brett, auf dem er gestanden hat, ist wohl eingebrochen. Eine direkte polizeiliche Einwirkung gibt es nicht. Auf dem Blog des Hambacher Forsts wird folgende Erklärung veröffentlicht:

«Ein Freund, der uns seit längerer Zeit im Wald journalistisch begleitet hat, ist heute von einer über 20m hohen Hängebrücke in Beechtown gefallen und gestorben. Zu dem Zeitpunkt wurde von Polizei und RWE versucht, das Baumhausdorf zu räumen. Das SEK war gerade dabei, einen Aktivist in der Nähe der Hängebrücke festzunehmen. Der Mensch war anscheinend auf dem Weg dorthin, als er stürzte. Wir sind zutiefst erschüttert. Alle unsere Gedanken und Wünsche sind bei ihm. Unser Mitgefühl geht an all die Angehörigen, Freund\*innen und Menschen, die sich betroffen fühlen. Wir fordern die Polizei und RWE auf, den Wald sofort zu verlassen und diesen gefährlichen Einsatz zu stoppen. Es dürfen keine weiteren Menschenleben gefährdet werden. Was jetzt nötig ist, ist ein Moment der Ruhe. Auch wenn euch das momentan schwerfällt, genauso wie es uns schwerfällt, so sachliche Hinweise zu geben: Wir empfehlen euch zum

Schutz aller Aktivist\*innen, keine Aussagen, auch keine Zeugenaussagen bei der Polizei zu machen. Der Unfall muss und wird aufgearbeitet werden, aber die Polizei ist nicht der richtige Ort dafür. Ihr Interesse ist es, Aktivist\*innen die Schuld zuzuschieben.»

Den geforderten Moment der Ruhe gibt es allerdings nicht wirklich. Innenminister Herbert Reul kündigt zwar an, die Räumung auszusetzen, aber die Polizei bleibt im Wald. Als sich 24 Stunden nach Steffens Absturz Freund\*innen und Aktivist\*innen in Beechtown versammeln, will die Polizei die Personalien von einer Aktivistin, die sich gerade von einem Baum abgeseilt hat, feststellen und ihren Klettergurt beschlagnahmen. Ein richtiges Zur-Ruhe-Kommen ist unter diesen Umständen nicht möglich. Und für die Aktivist\*innen wird es noch schlimmer. Herbert Reul erklärt, die Waldbesetzer\*innen hätten sich gar nicht für den Tod von Steffen Meyn interessiert, eine Einsatzhundertschaft aus Essen habe ihm davon berichtet, wie Besetzer\*innen nach dem Tod Meyns «Scheiß drauf, Räumung ist nur einmal im Jahr!» skandiert hätten. Reul zeigt sich entsetzt über ein solches Verhalten. Allerdings hat Reuls Bericht erneut einen kleinen Schönheitsfehler. Niemand in der Nähe von Steffen Meyns Absturzstelle hat etwas von solchen Parolen mitbekommen. Auch auf Videos ist von solchen



Die Trauer um Steffen Meyn ist groß, immer wieder versammeln sich Menschen, um innezuhalten und ihm zu gedenken.

Rufen nichts zu hören. Auf Nachfrage macht Reul einen halben Rückzieher, kann nichts zur Örtlichkeit und zum genauen Zeitpunkt der Ereignisse sagen. In einer Stellungnahme kritisiert die Familie von Steffen Meyn das Verhalten des Innenministers:

«Unerträglich empfinden wir die für uns aus der Luft gegriffenen Schuldzuweisungen des Innenministers Reul, dass die Erbauer\*innen der Hängebrücke schuld an Steffens Tod seien. Auch seine Behauptung, Aktivist\*innen hätten hämische Bemerkungen über seinen Tod gemacht, stellt eine unerhörte und nachweislich falsche Aussage dar. Wir empfinden, dass der Innenminister den Tod Steffens benutzt, um gegen die Baumhausbewohner\*innen zu hetzen. Selbst Wochen nach dem Ereignis wiederholt Innenminister Reul diese Aussagen trotz inzwischen klarer Beweislage, dass die-

se Behauptungen nicht der Wahrheit entsprechen. Diese Instrumentalisierung seines Todes für eigene Zwecke löst Empörung und Wut in uns aus und lässt uns nicht zur Ruhe kommen. Herr Innenminister Reul, unterlassen Sie bitte dieses unwürdige Verhalten und gönnen Sie der Familie und Freunden von Steffen Meyn endlich Ruhe von Ihren unqualifizierten Äußerungen.»

Vier Tage nach dem tödlichen Unfall von Steffen Meyn rückt die Polizei wieder mit schwerem Gerät in den Hambacher Forst vor. Die Räumung des Waldes wird fortgesetzt. Den tödlichen Sturz nutzt die Polizei für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit. Er habe gezeigt, dass «Lebensgefahr für alle Beteiligten in den Baumhäusern» bestehe. Die Polizei fordert die Aktivist\*innen dazu auf, die Häuser zu verlassen.

## DIE MITTE RADIKALISIERT SICH

Noch etwas anderes zeigt sich in diesen Tagen des Kampfes um den Hambacher Forst. Die Themen Klimawandel, Naturzerstörung und Polizeigewalt sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Der Hambacher Forst liegt günstig, aus der Kölner Innenstadt fährt man nicht einmal eine halbe Stunde bis Ker-

pen-Buir, bis zum Wald ist es dann nur noch ein kleines Stück zu Fuß. Und diesen und andere Wege nehmen Sonntag für Sonntag immer mehr Menschen. Zum Waldspaziergang am 23. September kommen trotz Sturmwarnung und Dauerregen über 10.000. Naturführer Michael Zobel ist im Vorfeld von der Polizei verbo-

ten worden, den Wald zu betreten. Der Spaziergang soll als «Standkundgebung» am Rande des Hambacher Forsts stattfinden. Doch darauf haben die Menschen keine Lust. Zu Tausenden strömen sie über nasse, aufgeweichte Felder und Wege an den Polizist\*innen vorbei. Schnell stoppen Polizist\*innen ihre Versuche, einzelnen Gruppen hinterherzurennen und sie aufzuhalten. Es sind einfach zu viele Menschen, die in den Wald gehen. Das Besondere dabei, es sind nicht nur gut ausgerüstete Linksradikale in Outdoorkleidung, sondern auch Tausende Menschen, von denen Ungehorsam gegenüber der Polizei sonst nicht zu erwarten ist: Pärchen um die 70 mit Schirm vom ADAC genauso wie junge Familien mit Kind und Hund. Im Wald begnügen sich die Menschen dann auch nicht damit, spazieren zu gehen, sondern sie packen an. Baumstämme werden an den Zufahrtswegen aufgetürmt, Barrikaden gebaut, Gruben in die Wege gegraben.

Und auch beim Barrikadenbau erleben die Menschen einen nur schwer nachvollziehbaren Polizeieinsatz. Erst schauen Einsatzkräfte zu, dann gehen sie mit einer kleinen Gruppe in die Menschenmenge, fühlen sich bedrängt, setzen Pfefferspray ein und ziehen sich wieder zurück. Wieder einmal sind viele Menschen, vor allem die, die nicht oft auf Demonstrationen gehen, fassungslos angesichts solcher Polizeieinsät-

ze und fragen sich, was dort gerade passiert. Es ist eingetreten, was die nordrhein-westfälische Landesregierung mit aller Kraft verhindern wollte. Das Schreckensbild der G20-Chaoten im Wald hat nicht verfangen, stattdessen sind das Netz, das Fernsehen und die Zeitungen voll von Fotos mit schwebewaffneten Polizist\*innen und Aktivist\*innen, die versuchen, Räumungen mit Sitzblockaden zu verhindern. Der Widerstand im Hambacher Forst erinnert stattdessen an die biblische Geschichte von David gegen Goliath. Und viele Menschen wollen sich an die Seite des David stellen.

Die Bilder des 23. September wiederholen sich eine Woche später noch einmal. Im Gegensatz zur Vorwoche herrscht bestes Spätsommerwetter und es kommen noch einmal mehr Menschen in den Wald. Von 15.000 bis 20.000 ist die Rede. Dieses Mal versucht die Polizei auch gar nicht erst, die Menschen aus dem Wald zu halten. Der Protest wird noch kreativer, bunter und größer. Eine Jazzband spielt auf einer Wiese, als Waldgeister verkleidete Menschen stolzieren auf Stelzen umher und ein «Hambi»-Ritter reitet durch den Wald. Den Nachmittag verbringen Hunderte Menschen damit, meterhohe Wallanlagen um die Baumhausdörfer Fendria, Ghosttown und Paragraf 11 aufzutürmen. Wieder sind es ganz normale Leute, die Baumstämme schleppen und Gruben graben.

## Clashes

Die Auseinandersetzung um den Hambacher Forst, die Dörfer und den Klimawandel ist voller Widersprüche. Dass diese nicht nach vorne gestellt werden, ist eines der Erfolgsrezepte in den aktuellen Auseinandersetzungen.

Für die einen ist der Hambacher Forst gelebte Utopie. Keine Miete, kein Chef, kein Achtstundentag, kein Leistungsdruck und keine Konkurrenz. Die Baumhausdörfer geben sich ihre Regeln selbst. In dem einen sind Rauschmittel verpönt, im anderen beliebt. Manch ein Waldbewohner hat eine klare antikapitalistische, anarchistische Agenda, manch anderer möchte nur für eine gewisse Zeit aus dem Alltagstrott ausbrechen und begreift die Zeit im Wald eher als eine Art Abenteuerurlaub. Auf der anderen Seite gibt es die Anwohner\*innen, zum Beispiel aus Buir. Den Kapitalismus abschaffen wollen vermutlich die wenigsten von ihnen, und ob sie sich für das Thema Kohle interessiert hätten, wenn die Auseinandersetzungen um die Braunkohle nicht direkt vor der eigenen Haustür stattfinden würden, kann bei einigen wohl auch bezweifelt werden. Für sie ist der Wald ein angenehmer Ort für den Spaziergang mit

Kind und/oder Hund und natürlich ein Puffer zwischen ihren Häusern und dem unansehnlichen, dreckigen Braunkohletagebau. Je näher das tiefe Loch rückt, desto stärker verlieren diese Häuser an Wert. Für die Menschen aus den von Abaggerung betroffenen Dörfern am Rand der Tagebaugruben wiederum ist die Kohle oft in erster Linie etwas, das ihre Heimat zerstört.

Linke schüttelt es bei Begriffen wie Heimat, oft nicht ohne Grund. Schließlich heißt Horst Seehofers Ministerium nicht umsonst Heimatministerium, und es war auch kein Zufall, dass sich die Mörder vom «Nationalsozialistischen Untergrund» (NSU) im «Thüringer Heimatschutz» politisierten. Auch die Sorge um sinkende Immobilienpreise dürfte den wenigsten Linken vertraut sein. Doch im Kampf gegen die Braunkohle müssen solche Widersprüche oft ausgehalten werden. Verbündete gerade in ländlichen Regionen zu finden ist schwierig. Die Klimabewegung ist im Rheinland erfolgreich, weil sie behutsam vorgeht. Menschen aus der Region wird ruhig und sachlich dargestellt, warum etwa geschlechtergerechte Sprache genutzt wird oder wieso zum Beispiel bei den Klimacamps fleischlos

gekocht wird. Das funktioniert oft, eben weil nicht mit dem sprichwörtlichen Holzhammer vorgegangen wird. Außerdem ist es notwendig, um Bewegung entstehen lassen zu können. Natürlich könnte die Klimagerechtigkeitsbewegung auch nur Veranstaltungen und Aktionen für Menschen durchführen, die bereits «super radikal und reflektiert» sind, doch dann wäre der Kampf gegen RWE wohl eine einsame Angelegenheit und schon längst verloren.

Auf der anderen Seite ist es wichtig und bisher auch gut gelungen, rechtsexoterischen Spinnern und Verschwörungstheoretikern unterschiedlichster Couleur keinen Raum zu bieten. Auch für diese Gruppen ist die Auseinandersetzung um den Wald und die Dörfer attraktiv. Klimabewegung im ländlichen Raum bleibt ein Spagat, bei dem es immer wieder notwendig ist, genau darauf zu achten, mit wem und unter welchen Vorzeichen Bündnisse geschlossen werden.

## **RÄUMUNGSENDE UND RODUNGSSTOPP**

Am 2. Oktober endet im Baumhausdorf Junge die Räumung des Hambacher Waldes. 86 Baumhäuser werden von der Polizei zerstört, Menschen von Tripods und aus Erdlöchern geholt. RWE lässt einen Graben um den Wald ausheben und Flatterband spannen. Der «Hambi» soll damit umfriedet werden. Der Energiekonzern gibt sich selbstsicher, bald mit der Rodung beginnen und den Wald abholzen zu können. Es scheint so, als ob der Widerstand verloren hat. Zwar ist für den 6. Oktober noch eine Großkundgebung am Wald geplant, doch viele sehen darin nur noch eine symbolische Aktion für den Klimaschutz. Dann überschlagen sich

allerdings die Ereignisse. Am 4. Oktober erklärt die Polizei Aachen die große Bündniskundgebung «Wald retten! – Kohle stoppen!» für verboten. Die Veranstalter\*innen hätten dafür keinen angemessenen Ort gefunden und auch die An- und Abfahrtswege seien für Zehntausende Menschen nicht geeignet. Wieder macht sich Entrüstung breit. Erst wird der Wald geräumt und dann soll es nicht einmal möglich sein, dagegen zu protestieren? Unverständnis schlägt der Polizei entgegen. Am 5. Oktober hebt das Verwaltungsgericht Aachen das Demonstrationsverbot auf. Auch ein anderes Gericht fällt am 5. Oktober ein Urteil. Das Oberverwal-

tungsgericht Nordrhein-Westfalen in Münster. «Hambacher Forst darf vorläufig nicht gerodet werden», lautete die Überschrift einer Mitteilung des Gerichts. Der BUND prozessiert seit Jahren gegen die Hauptbetriebspläne des Tagebaus Hambach. Sein zentrales Argument: Der Hambacher Wald stellt ein Flora-Fauna-Habitat-Gebiet dar. Dies sind nach einer EU-Richtlinie besonders schützenswerte Gebiete. Im Hambacher Wald lebt zum Beispiel die Bechsteinfledermaus, die unter Naturschutz steht. Der Fledermausart fehlt es an Tages- und Winterschlafquartieren und an Wochenstuben, in denen die Jungtiere zur Welt kommen und aufgezogen werden können. Das Oberverwaltungsgericht erkennt das Tierschutzargument an und erklärt, die Frage, ob der Wald gerodet werden darf oder nicht, solle in einem ordentlichen Hauptverfahren geklärt werden. Bis dahin dürfe RWE den Wald nicht roden, da sonst Tatsachen geschaffen würden und der Wald nicht wiederhergestellt werden könne. Außerdem hätten weder RWE noch die für die Genehmigung des Hauptbetriebsplans zuständige Bezirksregierung Arnberg dargelegt, dass eine Aussetzung der Rodung einen Schaden für das Gemeinwohl oder eine Lücke in der Stromversorgung mit sich bringe.

Nach dem zurückgenommenen Demonstrationsverbot und dem gerichtlich angeordneten

Rodungsstopp herrscht am 6. Oktober Partystimmung rund um den «Hambi». Auf einem Feld in Sichtweite zum Wald werden Bühnen sowie zahlreiche Info- und Essensstände und Pavillons aufgebaut. Alle, die irgendwas zu den Themen Umwelt- und Klimaschutz zu sagen haben, sind präsent. Bei Sahra Wagenknechts «Aufstehen» gibt es eine «Friedenssuppe», Greenpeace Energy wirbt für seine Stromtarife. Auf dem Hubsteiger, der für Fotograf\*innen und Kameralente gedacht ist, darf sich Aachens Polizeipräsident ein Bild von den Menschenmassen machen. Die Band Revolverheld tritt auf, aus ihrem Hit «Lass uns gehen» wird ein «Hambi-bleibt!-Song». Dazu gibt es Reden, in denen größtenteils Erwartbares gesagt wird. Bis zu 50.000 Menschen sollen an diesem Tag auf der Wiese am Hambacher Forst gewesen sein. Einige Aktivist\*innen aus der Waldbesetzung sind nicht begeistert von der Großkundgebung. In einem später veröffentlichten persönlichen Bericht auf dem «Hambi-Blog» heißt es:

«Und dann stehe ich inmitten einer Menschenmenge, die dorthin strömt, wo mal mein Zuhause war. Ein Zuhause, das mir über viele Jahre ein Gefühl gegeben hat, das ich zuvor nicht gekannt habe. Ich will nicht mitgehen mit diesem Strom von Flaggen, Bündnis 90/Die Grünen – die größten Heuchler. Also gehe ich ei-

Bei einer Großdemonstration  
gehen Tausende Menschen  
zur Abbruchkante.



## DER LANGE «HAMBI»-HERBST

nen schmalen Weg außen vorbei an der Demo, einen Weg, den ich in den letzten Jahren immer gegangen bin, wenn nicht Polizeikontrollen mich einen Umweg gehen ließen. Auf einmal steht ein Typ vor mir, mit Abzeichen des BUND auf seiner Jacke. Er sagt, dass ich hier nicht langlaufen kann. Warum nicht, frage ich. Weil das so ist, sagt er. Das ist kein Grund, erwidere ich. Er motzt mich an, dass er ja auch keinen Spaß daran hat, aber dass er als Demo-Ordner eben seine Aufgabe erfüllt. Toller Grund, das sagen die Bullen auch immer. Langsam werde ich sauer, ich will einfach nur weg, hinein in den Wald. Er wird auch sauer und sagt in herrischem Tonfall: Wenn es dir nicht passt, dann geh wieder nach Hause. Da brennt eine Sicherung durch in meinem Kopf. Ich brülle ihn an, dass ich genau das vorhabe und dass er mich in Ruhe lassen soll, dass der Wald mein zu Hause ist oder war, bevor die Bullen alles kaputtgemacht haben.»

Allerdings gibt es auch am Tag der Großdemo widerständige Momente. «Ende Gelän-

de» hat zu Aktionen im Wald aufgerufen. Mit Hängematten wird an dem Rand des Waldes, der am Tagebau liegt, eine «rote Linie» aufgespannt, die RWE zeigen soll, dass eine Abbaggerung des Waldes nicht akzeptiert wird. Außerdem machen sich Hunderte Menschen auf den Weg direkt an die Abbruchkante des Tagebaus. Die Polizei, die zwischen Wald und Kante Wache hält, beschränkt sich auf Lautsprecherdurchsagen, dass bei einer Rutschung der Böschung Lebensgefahr bestehe. Nach einem Monat sinnloser Räumung ist auch bei vielen Beamten die Motivation im Keller. Während die Polizei entspannt ist, wird man im Tagebau nervös. RWE schaltet einen Bagger an der Abbruchkante ab und zieht den Werksschutz zusammen. Konfrontationen bleiben allerdings aus. Am nordwestlichen Rand des Hambacher Waldes beginnt an diesem Tag die Wiederbesetzung. Das «Krähennest» ist das erste neu errichtete Baumhausdorf. Auch hier beschränkt sich die Polizei auf grimmige Blicke von der Fahrbahn der alten Autobahn 4 aus.

## NACH DER RÄUMUNG

Nach der Großkundgebung geht der Widerstand am und im «Hambi» weiter. Wenige Tage nach dem gerichtlichen Rodungsstopp und

der Großdemonstration fährt die Polizei ihre Präsenz im Wald auf null zurück. Im Wald entstehen nach und nach neue Baumhaussiedlun-

gen. Lebhafter wird es ab Mitte Oktober auch in Manheim, nachdem Klimaaktivist\*innen mehrere Häuser in dem Dorf am Hamacher Forst besetzt haben. 1.700 Menschen lebten einmal in dem Ort. Im Herbst sind es weniger als 100. Nach der Räumung des Hambacher Forstes wissen viele Aktivist\*innen nicht, wo sie bleiben sollen, da ist die Idee, nach Manheim zu gehen, naheliegend. Das Dorf steht zu diesem Zeitpunkt noch fast komplett, nur die Menschen sind zum Großteil schon weg. Die Besetzung der sechs Häuser in der Friedensstraße sehen die Aktivist\*innen in einem größeren Kontext. «Die Dörfer hier wären perfekt, um dem ganzen Gentrifizierungswahn etwas entgegenzusetzen. Dafür müssten die Kommunen aber auch Infrastruktur wiederaufbauen», erklärt eine Besetzerin und verweist auf das nahe gelegene Köln, in dem die Mieten explodieren. Bei den Dorfbewohner\*innen, die Manheim gerade verlassen, stoßen die Besetzer\*innen durchaus auf Verständnis. Bei mehreren Entrümpelungen unterhält man sich nett und Sofas, Tische und Stühle finden ihren Weg in die besetzten Häuser. Klimaschützer\*innen sind die Dorfbewohner\*innen nicht unbedingt, aber die Wut auf RWE ist bei vielen groß.

Wut von anderer Seite bekommt Antje Grothus, die sich für den Erhalt des Hambacher Forstes einsetzt und als Tagebaubetroffene in der Koh-

lekommission sitzt, am 17. Oktober zu spüren. Im Anschluss an eine Mahnwache der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) demonstrieren etwa 80 RWE-Mitarbeiter\*innen vor ihrem Haus. Sie brüllen Parolen wie «Hambi muss weg!» oder «Grothus raus!». Unter den Demonstrant\*innen ist auch der Betriebsratsvorsitzende der Kölner RWE-Power-Zentrale, Walter Butterweck. Nachdem die IG BCE sich für die bedrohliche Demo entschuldigt hat, veröffentlicht er über den Twitter-Account der RWE-Presseabteilung einen dreisten Brief an Antje Grothus, in dem er ihre Bedrohung in Abrede stellt und sich stattdessen über die gefährdeten Arbeitsplätze in der Braunkohle auslässt. Antje Grothus antwortet mit deutlichen Worten auf die Äußerungen des Betriebsrats:

«Wir von den Auswirkungen des Braunkohle Tagebaus Betroffene und unsere Familien sind keine Betroffenen zweiter Klasse. Wir sind direkt betroffen durch massive Wertverluste unserer Immobilien, Heimatverlust durch Zwangsvertreibung und Zwangsenteignung, durch die von der Kohleförderung und -verstromung ausgehenden Gesundheitsgefahren und massive Beeinträchtigungen unserer Lebensqualität. Sowohl in Deutschland als auch weltweit vernichtet Kohle direkt und indirekt Existenzen, und die Klimakrise gefährdet Men-

schenleben. Mit dieser erneuten Entgleisung des Betriebsratsvorsitzenden, der seine verantwortungsvolle Position in unverantwortlicher Weise ausnutzt, um Mitarbeiter\*innen gegen eine Tagebaubetroffene und ihre Familie aufzuwiegen, muss personelle Konsequenzen haben. Eine Entschuldigung von Michael Vassiliadis [Vorsitzender der IG BCE] reicht in diesem Fall nicht aus.»

Personelle Konsequenzen hat es nicht gegeben. Walter Butterweck ist auch nach diesem Vorfall Betriebsratsvorsitzender der Braunkoh-

lesparte von RWE-Power in Köln geblieben. Wenig hilfreich ist auch eine Rede, die Armin Laschet (CDU), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, am 24. Oktober in Alsdorf vor Tausenden IG-BCE-Mitgliedern hält, als diese bei einem Besuch der Kohlekommission im Rheinland für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze demonstrieren. Er sagt: «Nicht nur die, die Polizisten angreifen, bestimmen das Klima in unserem Land, sondern auch anständige Leute, die jeden Tag zur Arbeit gehen und unseren Wohlstand erarbeiten.»

---

### **Wald, Dörfer und Arbeitsplätze**

Mit der Auseinandersetzung um den «Hambi» und die Kohlekommission haben die Spannungen im Rheinischen Revier zugenommen. Es herrscht eine komplizierte Gemengelage. Die Braunkohle prägt die Region seit dem Beginn der Industrialisierung. 1950 war der Ort Velau der erste, der dem Tagebau im Rheinischen Revier weichen musste. Über 200 Menschen mussten ihr Dorf verlassen. Mittlerweile wurden etwa 40.000 Menschen aus über 120 Dörfern und Weilern umgesiedelt. Schon immer gab es Widerstand gegen die Umsiedlungen.

Als sich im März 2019 über 3.000 Menschen zu einem Sternmarsch für den Erhalt der Dörfer am Tagebau Garzweiler trafen, war Elisabeth Hoffmann-Heinen eine der Rednerinnen. Sie berichtete vom Widerstand in den 1980er Jahren und von den Taktiken der RWE-Tochter Rheinbraun (die damals den Tagebaubetrieb), ihre Gegner mundtot zu machen. Manche versuchte der Konzern mit Jobs zu ködern, Hoffmann-Heinen selbst wurde das Auto mehrfach beschädigt. Mit Bussen karre man RWE-Mitarbeiter\*innen zu Versammlungen heran, die sollten Stunk gegen die Dorf-

schützer\*innen machen. Methoden, die auch heute noch angewendet werden. Gemeinsam mit Elisabeth Hoffmann-Heinen stand Antje Grothus beim Sternmarsch in Keyenberg auf der Bühne. Grothus war, wie weiter oben berichtet, Mitglied der Kohlekommission und setzt sich in der Initiative «Buirer für Buir» gegen den Tagebau Hambach und für den Erhalt des Waldes ein. Etwas, das in der Region nicht allen gefällt. Ein ungebetener Besuch von 80 aufgebrauchten RWE-Mitarbeiter\*innen bei Antje Grothus im Sommer 2018 war nicht das Einzige, was sie und die «Buirer für Buir» erleiden mussten. Damals wurde auch ihr Bündnismobil, ein alter Feuerwehrwagen, angezündet. Auch im Netz hagelt es Beschimpfungen gegen bekannte Kohlegegner\*innen. In geschlossenen Gruppen in sozialen Netzwerken fantasieren Braunkohlefans gern mal von Aufmärschen im Hambacher Forst, ausgestattet mit Benzinkanistern oder Motorsägen. Solche Aussagen sind auch von RWE-Mitarbeiter\*innen bekannt. RWE reagiert auf Aufrufe dieser Art äußerst zurückhaltend, auch von Gewerkschaftsseite mangelt es an Stellungnahmen, die zur Mäßigung mahnen.

Von einem so angespannten Verhältnis war beim Klimacamp 2018 noch nichts zu spüren. Damals diskutierten Kohlegegner\*innen und Gewerkschaftsvertreter\*innen erstmals

öffentlich miteinander. Der Bezirksleiter der IG BCE Alsdorf, Manfred Maresch, besuchte in Begleitung von 20 Kumpeln das Klimacamp. Zueinander fand man in der Diskussion nicht. Maresch forderte mehr Anerkennung für die RWE-Mitarbeiter\*innen und warnte vor der Deindustrialisierung Deutschlands, die mit einem Kohleausstieg drohe. Aber man war immerhin miteinander ins Gespräch gekommen. Kein einmaliger Versuch übrigens. Auch im Herbst 2018 versuchten «Hambi-Aktivist\*innen» auf einer Kundgebung der IG BCE, auf der sie Flyer verteilten, deutlich zu machen, dass sie nicht Gegner der RWE-Mitarbeiter\*innen sind und diesen andere, nicht klimaschädliche Jobs und ein gutes Leben wünschen. Dass vonseiten der RWE-Mitarbeiter\*innen wieder stärkere Anfeindungen gegen Kohlegegner\*innen kommen, dürfte viel mit den Erfolgen im Hambacher Forst zu tun haben und mit den Beschlüssen der Kohlekommission, die inzwischen einen konkreten Zeitraum für den Kohleausstieg festgelegt hat. Der erfolgreiche Protest im «Hambi», die Vernetzung mit den Aktiven des Klimacamps und der absehbare Kohleausstieg haben auch in den Dörfern am Rand der Tagebaue den Widerstand gegen RWE zu neuem Leben erweckt. Als Anfang Dezember 2018 Tausende Menschen in Köln für den Kohleausstieg auf

die Straße gingen, waren auch einige Menschen aus dem Dorf Kuckum dabei. Mitgebracht hatten sie ein Transparent mit der Aufschrift «Kuckum bleibt!», eine Forderung, die nicht alle Demonstrant\*innen auf Anhieb verstanden. Einige fragten, was ist Kuckum? Den Dorfbewohner\*innen machte das nichts. Sie erklärten, worum es geht, und erzählten, wie schwierig eine Umsiedlung ist. Da ist einmal die emotionale Ebene, dass die Dorfbewohner\*innen vertraute Orte aufgeben müssen, auf der anderen Seite gibt es ganz praktische Schwierigkeiten. Die Umsiedlungsdörfer ähneln Neubaugebieten. Pferdehaltung oder Landwirtschaft, wie sie von manchem Dorfbewohner nebenbei betrieben werden, ist dort nicht möglich. RWE betrachtet so etwas als schnöden Freizeitspaß, für den der Konzern keinen Platz schaffen muss. Mittlerweile haben Bewohner\*innen der Dörfer, die dem Tagebau Garzweiler weichen sollen, und Menschen aus Pödelwitz am Rand des Tage-

baus Vereinigtes Schleenhain bei Leipzig das Bündnis «Alle Dörfer bleiben» gegründet. Ein Sternmarsch im März 2019 als Protest gegen das Abbaggern von weiteren Dörfern für den Braunkohleabbau in Deutschland war die erste größere Aktion des Bündnisses.

Allerdings ist die Situation in den meisten Dörfern kompliziert. Als sich als Teil des Sternmarsches 200 Menschen durch Kuckum bewegten, hing neben vielen Plakaten, die sich für den Erhalt des Dorfes aussprachen, auch ein großes Banner an einem Hausgiebel. Dort hieß es: «Es ist zu spät – Wir siedeln um!» Denn neben denen, die für den Erhalt der Dörfer sind, gibt es auch viele Menschen, die auf ein schnelles Ende des Umsiedlungsprozesses hoffen und die sich wünschen, dass die Dorfbewölkerung komplett umzieht. Auch bei ihnen spielen Emotionen eine große Rolle. Neue Bewohner\*innen in ihren alten Häusern, das wollen sie nicht erleben. Bei anderen ist der Grund simplerer Natur: Sie arbeiten für RWE.

---

## NEUE POLIZEILICHE ESKALATION

Ende Oktober beginnt eine neue Runde der polizeilichen Eskalation. Zuerst werden Häuser in der Manheimer Friedensstraße geräumt, wobei

auch ein Sondereinsatzkommando aktiv wird. Zwei weitere Häuser werden im November geräumt. Danach beginnt RWE mit dem «be-

Auch ein Wasserwerfereinsatz kann  
«Ende Gelände» nicht stoppen.



schleunigten Rückbau» des Dorfes, weniger verklausuliert ausgedrückt: Die Zerstörung von Mannheim schreitet nun schneller voran. Einige der verbliebenen Dorfbewohner\*innen beklagen sich über unfreundliche Bauarbeiter\*innen, großen Lärm und Arbeiten auch an den Wochenenden. Die Räumungen Ende Oktober sind auch damit zu erklären, dass sich das Bündnis «Ende Gelände» angekündigt hat.

«Ende Gelände» war es in den Vorjahren mehrfach gelungen, durch Besetzungen der Braunkohlebagger und der Kohlebahn die Infrastruktur von RWE für Stunden lahmzulegen. Nun soll dem Bündnis möglichst wenig Infrastruktur für den Protest zur Verfügung stehen. Auch juristisch versucht die Polizei gegen «Ende Gelände» vorzugehen. Eine Wiese in Niederzier wird nicht zur Verfügung gestellt. Dies sei naturschutzrechtlich nicht möglich, heißt es vonseiten der zuständigen Behörde. Stattdessen bietet man «Ende Gelände» eine Wiese mehr als 30 Kilometer vom Tagebau entfernt an. Dies lehnt das Bündnis ab, besetzt stattdessen einen Platz am Rand von Mannheim, der noch in derselben Nacht von mehreren Hundertschaften der Polizei geräumt wird. Dabei beschlagnahmt die Polizei auch für die Camp-Infrastruktur wichtige Zelte. Karolina Drzewo vom Bündnis kommentiert die Maßnahme folgendermaßen: «RWE und die Landesregierung

wollen unseren legitimen Protest gegen die klimaschädliche Braunkohle verhindern. Wer die Rede von Armin Laschet auf der Demo der IG BCE gehört hat, den wundert das nicht: Laschet ist ein verbohrt Kohle-Lobbyist. Mit dieser Landesregierung wird es keinen Fortschritt in Richtung Klimaschutz geben.» Jetzt ist für «Ende Gelände» eine schnelle Lösung wichtig. Der ursprüngliche Platz abgelehnt, das besetzte Gelände geräumt und mit einem Sonderzug wollen sich von Prag, Dresden, Leipzig, Berlin und Hannover aus in den nächsten Stunden um die 1.000 Klimaaktivist\*innen auf den Weg ins Rheinland machen. Hilfe kommt in Form eines ökologischen Landwirts in Stepprath im Süden von Düren. Er überlässt dem Protestbündnis ein Feld, das Platz für 4.000 Menschen bietet. «Ende Gelände» nimmt das Angebot dankbar an, auch wenn der Platz für ihr Camp nun fast 15 Kilometer vom Tagebau entfernt liegt.

Das Ende der Repression im Vorfeld der Aktionstage ist damit aber noch nicht gekommen. Was die Polizei am Morgen des 26. Oktober am Bahnhof Düren auffährt, ist durchaus beeindruckend: ein Wasserwerfer, mehrere Räumpanzer, mobile Toiletten und eine große, mit Gittern eingezäunte Fläche. Die etwa 1.000 Menschen, die mit einem Sonderzug anreisen, sollen nicht einfach so zum «Ende-Gelände-Camp» gelan-

gen. Stattdessen werden Kontrollen für alle Zugfahrer\*innen angekündigt. Damit soll «die Begehung von Straftaten verhindert werden, zu denen das Bündnis bereits im Vorfeld der Versammlung öffentlich aufgerufen hatte», wie die Aachener Polizei mitteilt. Versuche von Anwäl\*innen, die Komplettkontrolle und Einkesselung zu verhindern, scheitern. Die Gerichte

sehen die Maßnahme nicht als schwerwiegend genug an, um sie unmittelbar zu stoppen. Eine endgültige Klärung steht noch aus. Und so dauert es bis zum späten Abend, bis alle Menschen aus dem Zug kontrolliert sind. Fünf Menschen werden dabei festgenommen und sieben weitere für eine Identitätsfeststellung in das Aachener Polizeipräsidium gebracht.

## «ENDE GELÄNDE» ENTERT DIE BAHN

Die Voraussetzungen für großen Protest und massenhafte Aktionen des zivilen Ungehorsams könnten besser sein als an diesen kalten Herbsttagen. Menschen werden bis in die Nacht am Bahnhof festgehalten, der Platz des Protestcamps ist weit entfernt vom Aktionsraum Tagebau Hambach, und dass die Polizei nicht zu Späßen aufgelegt ist, hat sie mehr als einmal eindrücklich bewiesen. Trotzdem machen sich am frühen Morgen des 27. Oktober Tausende Menschen gut gelaunt vom Camp auf den Weg Richtung Tagebau. Stundenlang geht es über Feldwege, bis die Polizei den Demonstrationszug von über 3.000 Menschen in Merzenich kurz vor der Autobahn A4 stoppt. Eine andere Gruppe von mehr als 200 Menschen, die mit Bussen unterwegs ist, hat zeitgleich versucht, den Tagebau zu entern.

Die Polizei kann dies in letzter Sekunde unter Einsatz von Knüppeln und Pfefferspray verhindern. Die große Gruppe, die in Merzenich aufgehalten wird, soll nach dem Willen der Polizei entlang der Autobahn nach Buir laufen. Darauf haben die Demonstrant\*innen allerdings wenig Lust. Sie überqueren stattdessen die gesperrte Autobahn, lassen sich nicht von den auf der A4 postierten und eingesetzten Wasserwerfern beirren und betreten kurz dahinter die Schienen der Kohlebahn, von der aus die Kraftwerke mit frischer Kohle aus dem Tagebau Hambach versorgt werden. Eine zweite Gruppe, die am Hambacher Forst gestartet ist, tut es ihnen gleich, sodass über 2.000 Menschen auf den Schienen zum Sitzen kommen. Und dies tun sie auch noch an einer für die Polizei äußerst ungünstigen Stelle, denn links und

rechts der Bahnstrecke gibt es nur steile Böschungen. Die Polizei kapituliert, beschränkt sich darauf, am Rand oberhalb der Böschung zu stehen und zu verhindern, dass Lebensmittel und wärmende Kleidung oder Schlafsäcke zu den Blockierenden gelangen. Dazu gibt es fast flehende Durchsagen, in denen man den Anwesenden verspricht, straffrei abrücken zu können. Dem kommen allerdings nur ganz vereinzelt Menschen nach, die nicht auf eine Übernachtung auf den Schienen vorbereitet sind.

Nach einer langen Nacht mit Temperaturen am Gefrierpunkt löst sich die Blockade am nächsten Vormittag auf. Zu unschönen Szenen kommt es, als ein Großteil der Aktivist\*innen die Gleise bereits verlassen hat. Während sie in einem Demonstrationszug zurück zum Camp des «Ende-Gelände-Bündnisses» ziehen wollen, werden etwa 50 Aktivist\*innen, die im Gleisbett sitzen geblieben sind, von der Polizei äußerst ruppig geräumt. Menschen werden von den Schienen geschubst und die Böschungen hochgezerrt. Die Polizei habe bei der Räumung «schwere Verletzungen» in Kauf genommen, kritisieren Aktivist\*innen später. Auch eine andere Frage stellt sich nach der größten und längsten Blockade des Bündnisses, die nach der Effektivität. Dazu schreibt «Ende Gelände» in einer Auswertung:

«Auf den Gleisen angekommen, war einigen unklar, ob dies der richtige Ort zum Blockieren ist. Viele Aktivist\*innen fragten sich, wann denn endlich die Kraftwerke abgeschaltet werden, wenn wir die Kohlezufuhr stoppen. Der Frage um das ausgewogene Verhältnis zwischen symbolischer und materieller Blockade müssen wir uns immer wieder neu stellen. Unter den gegebenen Umständen erschien uns eine möglichst lange Schienenblockade als die beste Mischung aus Effektivität, Symbolstärke und nicht zuletzt Machbarkeit. Durch die Aktion wurde gerade mal eine Kraftwerksdrosselung um 10% herbeigeführt. Dennoch war die Aktion nicht «nur symbolisch», sondern in mehrfacher Hinsicht effektiv. Denn die Effektivität zeigt sich aus unserer Sicht nicht zuerst in der materiellen, sondern in der politischen Wirkung. Starke Symbole sind effektiv, wenn sie unsere Forderung transportieren: Sofort raus aus der Kohle! In die Medien kamen fantastische Bilder von Tausenden entschlossener Menschen auf dem langen Fußweg, auf der Autobahn, an der Tagebaukante oder nachts auf den Gleisen, im Flutlicht unter goldenen Rettungsdecken. Unsere Message kam an, sehr viel Sympathie war auf unserer Seite. Außerdem konnte für über 30 Stunden keine Kohle aus dem Tagebau Hambach in die Kraftwerke geliefert werden. Auf diese Blockade war un-

ser Gegner zwar vorbereitet und hat rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen. Sie tut ihm aber

trotdem weh, denn er merkt, dass wir immer mehr und immer entschlossener werden.»

---

## Erfolgsfaktoren

Der Kampf um den Hambacher Forst war ein wichtiger Startpunkt, um das Thema Klimagerechtigkeit in den Diskurs der gesellschaftlichen Mitte zu tragen. Das liegt an verschiedenen Faktoren, die im Rheinland zusammenkamen.

Wäre der Sommer 2018 verregnet und der Herbst stürmisch gewesen, dann würde vermutlich der Hambacher Forst noch immer nur «Klimanerds» und Anwohner\*innen etwas bedeuten. Die außergewöhnliche Wetterlage brachte jedoch das Thema Klimawandel der Bevölkerung ganz praktisch nahe. Ausverkaufte Ventilatoren, hohe Benzinpreise wegen Niedrigwasser im Rhein: Viele Menschen in Deutschland merkten zum ersten Mal, dass Klimawandel sie auch betrifft. Für einen Teil dieser Menschen, gerade aus Städten wie Köln, die sich ihrer aufgeklärten Zivilgesellschaft rühmen, wurde der Hambacher Forst zu einem Ort, an dem sie ihr Unverständnis gegenüber der zögerlichen Klimapolitik im Land artikulieren konnten. Dafür dürften Sonnenschein und sommerliche Temperaturen

auch förderlich gewesen sein. Bei drei Grad Celsius und Nieselregen wären wohl weitaus weniger Menschen zu den Waldspaziergängen oder zur Großkundgebung am 6. Oktober 2018 gekommen.

Während das Wetter nicht wirklich planbar ist, gilt dies für anderes sehr wohl. Wichtig für den Erfolg des Widerstands ist die Kontinuität, mit der sich unterschiedliche Initiativen dem Thema Braunkohle im Rheinischen Revier widmen. Das Klimacamp etwa findet seit 2010 jedes Jahr statt, hatte aber anfangs nicht die Größe und Strahlkraft der letzten Jahre. Beim Camp im Jahr 2018 den Schwerpunkt darauf zu legen, sich stärker mit lokalen Initiativen zu vernetzen und den Anti-RWE-Widerstand im Kohlerevier zu stärken, erwies sich als goldrichtig. Viele Menschen, für die das Camp ein zentraler Ort der Politisierung war, konnten zur Rettung des «Hambi» mobilisiert werden. Auch Bündnisse wie «Alle Dörfer bleiben» wären ohne die Camps nicht entstanden. Wichtig dabei ist auch das gegenseitige Vertrauen, das die verschiede-

nen Akteure gewonnen haben. In der Auseinandersetzung um den Wald gab es zahlreiche Momente, die zu Spaltungen und emotionalen Debatten hätten führen können. Diese sind aber zum Großteil ausgeblieben. Militante Angriffe hätten genauso wie die Zustimmung von Umweltverbänden zum Kohlekompromiss enorme Verwerfungen in der Bewegung hervorrufen können. Das ist nicht passiert, weil es unter den Beteiligten trotz vieler Unterschiede einen Grundkonsens gibt, wonach der Wald erhalten bleiben soll.

Dass der Hambacher Forst zum Kristallisationspunkt der Klimagerechtigkeitsbewegung zumindest in Nordrhein-Westfalen, wenn nicht sogar im ganzen Land wurde, ist erklärbar. Der Kampf um den Erhalt von Dörfern, die dem Kohletagebau weichen sollen, ist in der Vergangenheit schon zimal gescheitert. Der Kampf um den Erhalt eines Waldes war etwas Neues. Und jeder verbindet etwas mit Wald, meist positive Dinge. In Deutschland gibt es einen Wald-Hype. Der Förster Peter Wohlleben, der 2015 den Bestseller «Das geheime Leben der Bäume» veröffentlichte, sprach sich vor Ort für den Erhalt des Hambacher Forsts aus. Die Frage, ob Wald oder Tagebau, ist für die meisten Menschen denkbar einfach zu beantworten. Nebenbei tat RWE wie auch die Polizei genug dafür, ein ideales Feindbild abzugeben.

Insgesamt zeigt die Auseinandersetzung um den «Hambi», wie wichtig es für soziale Bewegungen ist, eine Geschichte erzählen zu können. Was seit dem Sommer 2018 im und um den Wald passiert ist, würde auch als Netflix-Serie funktionieren. Von Antje Grothus, die mit der Politik verhandelt, über die coolen Actionhelden aus dem Wald bis zu den bösen Mächtigen Rolf Martin Schmitz und Herbert Reul. Nur konnte, wer wollte, im Hambacher Forst selbst mitspielen und war nicht wie bei TV-Serien zum Zuschauen verdammt. Einen Hinweis darauf, wie positiv der Widerstand im Hambacher Forst selbst in der Mitte der Gesellschaft wahrgenommen wird, bietet ein Werbespot von McDonald's, in dem eine Baumbesetzerin die Hauptrolle spielt. Ein RWE-Sprecher beklagte sich einmal, dass die Medien «vornehmlich schöne, junge und eloquente Menschen aus der Besetzerszene» gezeigt hätten.

Jahrelange Besetzungen im Wald, Klimacamps, Waldspaziergänge, Klagen, Blockaden usw. haben sich seit dem Spätsommer 2018 ausgezahlt. Die Auseinandersetzung um den Hambacher Forst und ein Ende der Kohleverstromung im Rheinland waren der Ausgangspunkt, um den Klimaschutz aus seinem Nischendasein herauszuholen. Gleichzeitig bekam Greta Thunberg erste internationale

Aufmerksamkeit für ihren freitäglichen Schulstreik, und spätestens nach ihrer Rede bei der UN-Klimakonferenz im Dezember 2018 in Katowice brach der Greta-Hype aus und es bildeten sich immer mehr Fridays-for-Future-Initiativen. Es dürfte fast keine Schule in Deutschland mehr geben, an der nicht über den Klimawandel gesprochen wird. Für Schüler- und Studierendenbewegungen sind Ferien oftmals ein Endpunkt, Fridays for Future ist gestärkt aus Weihnachts- und Osterferien hervorgegangen. Auffällig ist auch, dass die Beruhigungsspielle «Kohlekompromiss» ohne Wirksamkeit blieb. Weder die Schüler\*innen noch die Verbände oder die Klimagerechtigkeitsbewegung geben sich mit den schwammigen Formulierungen und unzureichenden Zielen des Kompromisses zufrieden. Auch die Europawahl 2019 zementierte den Stellenwert der Klimapolitik. Das Video des YouTubers Rezo, in dem er CDU und SPD hart für ihre verfehlte Klimapolitik kritisierte, war ein echter Aufreger. Die Grünen waren, weil sie als klimapolitisch kompetent wahrgenommen wurden, die Gewinner der Wahl und konnten SPD und CDU in zahlreichen Großstädten überholen. Für die Klimagerechtigkeitsbewegung bietet die aktuelle Situation zahlreiche Chancen, aber auch Risiken. Der derzeitige Hype hält nicht

ewig. Wenn die Grünen als Klimapartei Wahlen gewinnen, dann muss sich das auch in der anschließenden Politik widerspiegeln. Das war bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen bei ihrer letzten Regierungsbeteiligung nicht der Fall. Auch das von der LINKEN mitregierte Brandenburg spielte bei den Verhandlungen um den Kohlekompromiss eine eher negative Rolle. Wichtig wird es also sein, weiter zu vermitteln, dass Klimapolitik nicht nur an Wahlen oder in den Parlamenten stattfindet. Bewegung braucht neben den Inhalten auch immer konkrete Orte, an denen Widerspruch gezeigt werden kann. Der Hambacher Forst und die Kohlereviere sind dafür der richtige Ort. Aber auf Dauer und für radikale Klimagerechtigkeit wird es mehr Orte geben müssen. In ganz Deutschland existieren weiterhin Steinkohlebergwerke, für die Kohle um die halbe Welt transportiert wird. Sie sind bisher nicht so im Fokus wie die Braunkohlereviere. Auch die Klimastrategie der deutschen Autokonzerne könnte ein Ansatzpunkt für die Klimagerechtigkeitsbewegung sein. Dabei wird man allerdings auf andere Widerstände stoßen. Das Verhältnis vieler Deutscher zum Auto ist mindestens so speziell wie ihr Verhältnis zum Wald. Der Klimagerechtigkeitsbewegung steht eine spannende Zeit bevor.

## WARTEN AUF DIE ERGEBNISSE DER KOHLEKOMMISSION

Nach den Aktionstagen von «Ende Gelände» wird es erstmal ruhiger im und um den Hambacher Forst. Anfang November werden die verbliebenen besetzten Häuser in Mannheim geräumt. Mitte des Monats gibt es einen größeren Polizeieinsatz am Wiesencamp und RWE lässt mal wieder, beschützt von der Polizei, Unrat aus dem Wald räumen. Aktionen, die zwar Unmut auf sich ziehen und den Strukturaufbau der Besetzungen stören, aber dem Widerstand im Wald nicht wirklich etwas anhaben können. Unruhiger wird es um die Weihnachtszeit im Hambacher Forst. Nach Angriffen auf den Werksschutz und eine Pumpstation gibt es größere Debatten über die Militanz der Besetzer\*innen und die Möglichkeit von False-Flag-Aktionen. Kurz darauf folgen wieder Durchsuchungen im Wiesencamp und in der «Werkstatt für Aktionen und Alternativen» in Düren. Für besondere Empörung sorgt, dass Polizisten mehrere Dosen Pfefferspray auf dem Wiesencamp versprühen, um Aktivist\*innen zum Verlassen einer Hütte zu zwingen.

Trotzdem bleibt das Ende des Jahres 2018 für «Hambi-Verhältnisse» relativ ruhig. Auch der mediale Fokus richtet sich nun eher auf die für Ende Januar erwarteten Ergebnisse der Kohle-

kommission. Doch Mitte Januar gibt es wieder Aufregung im Wald. NRW-Innenminister Herbert Reul hat nach dem Rodungsstopp mehrfach erklärt, dass er im Hambacher Forst «keine rechtsfreien Räume» zulassen wolle. Wiederholt hat er die Waldbesetzung mit «organisierter Clan-Kriminalität» verglichen. Wie gegen die Clans wolle Reul auch gegen die Waldbewohner\*innen «Nadelstiche setzen». «Wir sind vom Land aufgefordert worden, wie im Herbst gegen illegal errichtete Baumhäuser vorzugehen und die Baumhäuser zu räumen», teilt eine Sprecherin der Stadt Kerpen am 9. Januar mit. Reul und Bauministerin Scharrenbach planen also einen größeren «Nadelstich». Mitten im Winter sollen wieder Baumhäuser geräumt werden. Dazu kommt es dann allerdings nicht. Der Dürener CDU-Landrat äußert sich genauso wie die Gewerkschaft der Polizei skeptisch zu einer erneuten Räumung. Diese sei nicht zweckdienlich, auch solle man die Ergebnisse der Kohlekommission abwarten, bevor wieder Tausende Polizisten in den Wald geschickt werden. Kurz nach der Räumungsankündigung erfolgt dann ein Rückzieher aus dem Düsseldorfer Bauministerium. Eine Ortsbegehung habe zu neuen Erkenntnissen geführt, darüber müsse man sich jetzt austauschen und eine Neu-

bewertung der «Qualität der illegal errichteten baulichen Anlagen» vornehmen.

Antje Grothus äußert sich zufrieden über diese Entscheidung: «Eine Räumung wäre fahrlässig gewesen. Die Konflikte um den Wald und die Kohle sind nicht mit Gewalt zu lösen. Bleibt zu hoffen, dass das Innenministerium das eingesehen hat. Wir brauchen dringend eine politische Lösung, um den gesellschaftlichen Frieden im Revier wiederherzustellen.» Dass der Grund für die Aussetzung der Räumung ei-

ne Ortsbegehung war, ist allerdings unwahrscheinlich. Es dürfte immensen Druck aus der Bundesregierung gegeben haben, um zu verhindern, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen den Konflikt um den Wald erneut eskalieren lässt. Umweltverbände und Einzelpersonen wie Antje Grothus hätten sonst mit hoher Wahrscheinlichkeit die Kohlekommission verlassen. Damit wäre nach monatelangem Verhandeln gar kein vorzeigbares Ergebnis zustande gekommen.

## **EIN ERWÜNSCHTER WALD?**

Ende Januar ist es dann soweit. Nach einer Nachtsitzung verkündet die Kohlekommission ihren Ausstiegskompromiss. Darin schlagen die Kommissionsmitglieder einen Kohleausstieg zum Jahr 2038 vor, der im Rahmen einer Öffnungsklausel auf 2035 vorgezogen werden kann. Außerdem sollen die Kohleregionen bis 2040 Strukturhilfen in Höhe von insgesamt 40 Milliarden Euro erhalten. Bezüglich des Hambacher Forstes einigt man sich auf die Formulierung, dass sein «Erhalt wünschenswert» sei. Über die von Abbaggerungen bedrohten Dörfer kein Wort. Ihre Zerstörung soll fortgesetzt werden. Gegen den wenig ambitionierten Kompromiss hat von allen Kommissionsmit-

gliedern einzig und allein Hannelore Wodtke aus Welzow in der Lausitz gestimmt. Ihr war es zu wenig, dass nicht einmal der Erhalt des Dorfes Porschim im Abschlussbericht festgehalten ist. «Ich wollte ein Zeichen setzen und habe daher mit «Nein» gestimmt. Der ganze Abschlussbericht ist ansonsten ja ein Kompromiss und bedeutet, dass es den Kohleausstieg geben wird. Natürlich kommt der mit 2038 für unsere Verhältnisse und Wünsche sehr spät», erklärt Wodtke. Antje Grothus aus Buir hingegen hat dem Kompromiss zugestimmt, obwohl er «kein großer Wurf» sei, er löse allerdings eine «Blockadehaltung», die es gerade in der nordrhein-westfälischen Landesregie-

rung über Jahre gegeben habe, erläutert sie ihre Haltung. «Die Landesregierung hat dazu gelernt und sich bewegt.» Bisher seien weder das Land noch RWE durch vorausschauendes Handeln aufgefallen. Der voranschreitende Abriss des Dorfes Manheim sei dafür ein bedrückendes Beispiel.

Umweltorganisationen wie der BUND zeigen sich erfreut über die versprochene Abschaltung von Kraftwerkskapazitäten, damit könne die Bundesregierung ihre eigenen Klimaziele erreichen, sei aber noch weit von den Pariser Klimaschutzzielen entfernt. Beim Bündnis «Ende Gelände» ist man weniger zufrieden. «Das Ergebnis der Kohlekommission ist ein Desaster. Es zerstört unsere Hoffnung, die mittlere globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, und widerspricht dem Pariser Klimaabkommen. Die Klimakrise ist bereits grausame Realität für Menschen in den Ländern des globalen Südens. Wir kämpfen solidarisch an ihrer Seite. Im Angesicht der Klimakrise müssen wir jetzt raus aus der Kohlekraft. Die Bewahrung des Hambacher Waldes und der Dörfer müssen jetzt zugesichert werden.» Das Bündnis organisiert daraufhin mehrere Blockaden von Kohlebaggern und Kraftwerken. In der Lausitz wird gegen Aktivist\*innen eine mehrwöchige Untersuchungshaft verhängt, ande-

re werden zu einer zweimonatigen Haftstrafe verurteilt.

Wenig erwarten auch die Bewohner\*innen des Hambacher Forsts vom Kompromiss der Kohlekommission. Die Formulierung, dass ein Erhalt des Waldes «wünschenswert» ist, ist aus ihrer Sicht «butterweich». Und auch dass es von RWE nur Aussagen gibt, dass man prüfe, ob der Wald erhalten bleiben kann, stimmt sie Ende Januar nicht gerade optimistisch. Die Besetzung aufzugeben ist für sie keine Option, dafür hätten RWE und die Landesregierung zu oft «beschissen». Dass sie wirklich nicht viel zu erwarten haben, wird bei einer Regierungserklärung von Armin Laschet im Februar klar. Groß verkündet der Ministerpräsident einen Rodungsstopp bis zum Herbst des Jahres 2020, den es allerdings wegen laufender juristischer Auseinandersetzungen auch ohne die Erklärung des CDU-Politikers gegeben hätte. Die Waldbewohner\*innen fordert er auf, den Hambacher Forst zu verlassen. Für die Bewohner\*innen der Dörfer am Tagebaurand hat Laschet keine positiven Botschaften, er will nur «soziale Härten» abfangen. Wie der Kohleausstieg genau aussehen soll, das will Laschet nicht entscheiden. Das sei Aufgabe der Bundesregierung, die mit RWE verhandeln müsse.

## KEIN KOMPROMISS

Wie wenig Mut man im politischen Nordrhein-Westfalen hat, wird auch beim lang erwarteten Prozess zwischen BUND und der Bezirksregierung Arnsberg deutlich, der im März 2019 vor dem Verwaltungsgericht Köln stattfindet. Der Umweltverband hat mit wiederholten Klagen versucht, den Hambacher Forst als Flora-Fauna-Habitat-Gebiet in das europäische «Natura-2000-Netz» eintragen und damit zu einer besonders schutzwürdigen Landschaft erklären zu lassen. Eine dieser Klagen hatte mit dem Verweis auf die bedrohte Bechsteinfledermaus im Oktober 2018 kurz nach der Räumung der Baumhäuser im Hambacher Forst zu einem Rodungsstopp geführt, der bis 2020 gilt. Der Umweltverband hatte auf vorläufigen Rechtsschutz bestanden, das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in Münster hatte diesen per Eilentscheid gewährt. Eine Rodung des Waldes hätte, so die Begründung der Richter, Tatsachen geschaffen und bei einer Schutzwürdigkeit des Waldes zu einem nicht wiedergutzumachenden Schaden geführt. Zunächst müsse das Kölner Verwaltungsgericht eine Entscheidung darüber fällen, ob der Wald erhaltenswert sei oder nicht.

Da es in der Verhandlung in Köln nur um die Tagebauplanung bis zum Ende des Jahres

2020 geht, schlägt das Gericht einen Kompromiss vor. RWE soll versichern, zwischen Oktober und Dezember 2020 (denn nur um diesen Zeitrahmen handelt es sich effektiv) nicht mit der Rodung zu beginnen. Im Gegenzug soll der BUND seine Klage zurücknehmen. Ein solcher Kompromiss würde allen Beteiligten Zeit, Geld, Arbeit und Nerven sparen. Außerdem, so der Richter, stünden bis dahin zahlreiche politische Entscheidungen an, die Klarheit über den Fortgang der Braunkohleverstromung in Deutschland und die konkreten Abbaugrenzen des Tagebaus Hambach schaffen würden. Ein Kompromiss, zu dem der Umweltverband sich nach einer Beratungspause grundsätzlich bereit erklärt, die Bezirksregierung Arnsberg, die für die gesamte Bergbauplanung in Nordrhein-Westfalen zuständig ist, allerdings nicht. Dort erteilt man stattdessen den Jurist\*innen von RWE, die eigentlich nur als Tagebaubetreiber beigeladen sind, das Wort. Der Energiekonzern ist jedoch nicht auf einen Kompromiss aus. Abbaugrenzen könne man nicht spontan im Gerichtssaal festlegen, und außerdem wolle man eine rechtliche Klärung der Klage, teilen die RWE-Anwält\*innen mit. Da hilft es auch nicht, dass der Vorsitzende Richter mit Engelszungen auf diese einredet und sie mehrfach

fragt, welchen Vorteil sie sich von einer Gerichtsentscheidung versprechen.

Die Bezirksregierung Arnsberg beweist nicht den politischen Mut, sich dem vorgeschlagenen Kompromiss anzuschließen. Ohne diesen nimmt die Verhandlung in Köln, in der es auch um die Enteignung einer Wiese des BUND am Tagebau rand geht, einen erwartbar enttäuschenden Ver-

lauf. Der Richter lässt wissen, die Meldefrist für Flora-Fauna-Habitat-Gebiete sei seit Jahren vorüber, eine Nachmeldung des Waldes nicht möglich. Er entscheidet, die Wiese müsse an RWE abgetreten werden, da die Energieversorgung im öffentlichen Interesse liege. Grundsätzliche Fragen zur Kohleverstromung seien auf politischer Ebene zu klären und nicht von Gerichten.

## UMKÄMPFTE ZUKUNFT

Sicher ist die Zukunft des Hambacher Forsts also auch im Frühjahr 2019 noch nicht, und RWE tut alles, um die Unsicherheit zu verstärken. Ob der Wald erhalten bleibt, dazu gibt es keine konkreten Zusagen des Energiekonzerns. Der erfindet stattdessen immer neue Ausflüchte und Bedenken. Die Böschungen passten nicht zum geplanten Tagebausee, für eine Mülldeponie will man keine Verantwortung übernehmen, wenn sie nicht abgebaggert wird. Dem Wald nähern sich derweil mehrere Kohlebagger. Auch Polizeieinsätze gibt es immer wieder im Wald. Ende März 2019 lässt RWE erneut Maßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherheit durchführen, begleitet von einem polizeilichen Großaufgebot. Als dabei im Baumhausdorf Krähennest ein Eimer mit Fäkalien von einem Baumhaus fliegt, macht die Polizei

erst, umstellt das Baumhausdorf eine ganze Nacht lang und karrt Kräne und Kletterpolizist\*innen heran, um den mutmaßlichen Werfer festzunehmen. Dieser gibt auf, nachdem mehrere Bäume gefällt worden sind, und stellt sich der Polizei.

Der Hambacher Forst bleibt auch in diesem Jahr ein umkämpfter Ort. RWE ist es im Rheinischen Revier seit Jahrzehnten gewohnt, nach Gutsherrenart die eigenen Interessen zu verfolgen. Die Politik im Land treibt der Konzern mit der Drohung, Arbeitsplätze abzubauen, vor sich her. In den Landesregierungen, egal ob von SPD oder CDU geführt, ist es Tradition, die Pläne des Energiekonzerns umzusetzen. Mit Herbert Reul und Ina Scharrenbach gibt es zwei Minister\*innen, die dies mit besonderer Leidenschaft tun. Reul und Daniela Lesmeis-

ter, Abteilungsleiterin Polizei im Innenministerium, haben der Waldbesetzung den Kampf angesagt. Die Niederlage, die mit dem Rodungsstopp im Oktober 2018 einherging, können beide nicht verschmerzen, sie warten auf neue Möglichkeiten, um gegen die «Hambis» vorzugehen. Dass sie mit ihrer martialischen Aufstandsbekämpfung im Stil der 1970er und 1980er Jahre auf immer mehr Unverständnis stoßen, ist ihnen egal.

Neue Räumungen und Inhaftierungen werden die Bewegung um den Hambacher Forst, für den Erhalt der Dörfer und für globale Klimagerechtigkeit nicht stoppen können. Die Räumun-

gen des Hambacher Forsts, zusammen mit dem Hitzesommer 2018, haben dazu beigetragen, dass in breiten Teilen der Bevölkerung ein Bewusstsein für den Klimawandel entstanden ist. Seit Monaten gehen nun auch Schüler\*innen im Rahmen von Fridays for Future auf die Straße. Wissenschaftler\*innen äußern ihre Sympathie für die Anliegen der Bewegungen. Der Hambacher Forst ist zu einem Kristallisationspunkt für die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland geworden. Ihn zu räumen oder gar zu roden, wäre das Dümmste, was den Klimakiller\*innen aus Politik und Energiewirtschaft einfallen könnte.

## EPILOG: ÜBER DEN «HAMBI» ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

Es ist nun über ein Jahr her, dass der Hambacher Forst erfolgreich verteidigt wurde – und seitdem hat sich die Klimabewegungslandschaft deutlich verändert, fällt der Name «Hambi» meist nur noch in Rückblicken. Die junge «Generation Klima», organisiert in Fridays for Future, bestimmt jetzt das Feld. Aber wie kam es dazu, dass in Deutschland am 20. September 2019 rund 1,4 Millionen Menschen gegen unzureichenden Klimaschutz, gegen das «Klimapäckchen» der Bundesregierung demonstriert haben? Und was trug die Verteidigung des Hambacher Forsts dazu bei?

Vorweg: Die Wirkungsweisen sozialer Bewegungen im Allgemeinen und spezifischer Protestereignisse im Besonderen sind nicht ganz leicht zu ergründen, sie funktionieren oft wie Marxens «alter Maulwurf», der sich jahrelang durch die Erde gräbt, um dann irgendwann überraschend seinen Kopf zu erheben und alles durcheinanderzubringen. In diesem Fall aber lässt sich eine ziemlich gerade Linie ziehen: von der Verteidigung eines Waldes durch bis zu 50.000 Protestierende und einer Solidaritätskampagne, unterstützt von internationaler Prominenz bis

hin zu Sexworker\*innen in Köln und Umland, bis hin zur neuen Phase der Klimabewegung. Diese wird nicht mehr nur von einem kleinen Protestspektrum getragen, sondern ist zu einer der bestimmenden progressiven Massenbewegungen dieses Landes, dieser Epoche geworden.

Wie bei jeder guten Geschichte muss man ein paar Jahre zurückgehen. Sie beginnt auf dem Weltklima-Gipfel 2015 in Paris. Dort, wir erinnern uns, einigte sich «die Weltgemeinschaft» darauf, die globale Erhitzung auf «deutlich unter zwei Grad» zu begrenzen. Auf Drängen mehrerer besonders von der Klimakrise betroffener Länder wurde in das dort verabschiedete Abkommen sogar aufgenommen, dass sie idealerweise nicht mehr als 1,5 Grad über das vorindustrielle Niveau ansteigen soll. Ein durchaus beeindruckendes Verhandlungsergebnis, bedenkt man beispielsweise das krachende Scheitern des COP 15-Klimagipfels in Kopenhagen 2009, bei dem zuletzt versucht wurde, ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls zu verhandeln.

Jedoch: Während der Pariser Klimavertrag das hehre 1,5-Limit kodifizierte, wurde dort gleich-

zeitig jede tatsächliche Festlegung vermieden, jeder Policy-Mechanismus zur Erreichung der Ziele ausgeklammert. Alle sagten, «jetzt schützen wir das Klima», aber niemand sagte, wie das passieren soll. Die unterzeichnenden Staaten legten Emissionsreduktionsziele vor, die, wenn unter der höchst unrealistischen Maßgabe der 100-prozentigen Zielerreichung zusammengesetzt, die Welt immer noch über drei Grad Celsius erhitzen würden. Und natürlich änderte sich nichts daran, dass die UN-Klimarahmenkonvention im Vergleich zu anderen transnationalen Vertragswerken – zum Beispiel der WTO oder zum Energiecharta-Vertrag – eine vollkommen zahnlose Institution ist, deren Aussagen kein Wirtschaftsministerium auf der Welt ernst nehmen muss.

Einerseits also eine Welt, in der Klimaschutz plötzlich zu einem der höchsten Politikziele aufgewertet wurde (nachdem er in den Jahren der tiefsten Wirtschafts- und Eurokrise eher ein politisches Schattendasein gefristet hatte), in der nicht nur die ehemalige «Klimakanzlerin» Merkel, sondern allerlei Politiker\*innen von der großen Transformation schwafelten, die uns nun bevorstehe; andererseits aber ein vollkommen zahnloses internationales Vertragswerk und nationale Politikarenen, in denen immer noch und jederzeit die völlig gegenläufige Marschrichtung vorherrscht: vorwärts ins ewige Wirt-

schaftswachstum, Klima *be damned*. Dann doch lieber noch eine Abwrackprämie und ein ökologisch völlig kontraproduktives Investitionsprogramm.

In dieser Situation lief die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland – nach langen Jahren, während derer die Klimacamps immer bloß regionale Events mit ein paar Hundert Teilnehmenden waren – das erste Mal zu Hochform auf. Einerseits gab es die Eventspezialist\*innen von «Ende Gelände», welche, auf den Strategien der erfolgreichen Anti-Atom-Bewegung aufbauend, der Republik zeigten, dass wir hier mitnichten in einem klimapolitischen Vorzeigeland leben, dass es einen erheblichen gesellschaftlichen Konflikt um die Braunkohle und den Klimaschutz gibt und dass es völlig legitim ist, für den Klimaschutz und die Klimagerechtigkeit ein paar Gesetze zu brechen. Andererseits war da die schon seit Jahren andauernde, aber jetzt immer mehr öffentliche Aufmerksamkeit erheischende Dauerbesetzung des Hambacher Forsts, die jenseits der Events eine fast schon wendlandartige Widerstandskultur erlebbar machte und die durch die aufopfernde Praxis der dauerhaften Baumbesetzungen die existenzielle Dramatik der Klimakrise mit aller Deutlichkeit vermitteln konnte.

Nach dem Pariser Klimaabkommen wurde die ungehorsame Klima(gerechtigkeits)bewe-

gung, die in Deutschland bestimmt wird von den oben genannten zwei Akteuren, zu einem klimapolitischen Machtfaktor – nicht so sehr wegen ihrer numerischen Größe, sondern weil sie sich das von den Regierungen geschaffene, aber dann bedenkenlos weggeworfene Legitimitätsmäntelchen der Klimaschützer\*innen anziehen konnte. Weil die Regierungen der Welt in Paris den Klimaschutz zur zentralen Menschheitsaufgabe erklärt hatten und weil sie dann nichts dafür taten, um das Klima zu schützen, entstand viel freier Raum, quasi eine Legitimitätsreserve, die dann von der Bewegung für sich reklamiert wurde. Was heute relativ normal ist – auf Klimaschützer\*innen wird nicht (oder vergleichsweise begrenzt) draufgehauen, auch wenn sie gelegentlich die Gesetze brechen –, wurde in den Jahren 2015 bis 2018 von den «Hambis» und von «Ende Gelände» erst erkämpft.

In dieser Zeit wuchsen auch die Aktionen der Bewegung immer weiter, immer mehr Besetzer\*innen kamen in den Wald, nahmen an Blockaden teil, der Konflikt um die Braunkohle wurde immer sichtbarer. Ein vorläufiger Höhepunkt war der COP 23-Klimagipfel, der zwar unter der Präsidentschaft des Inselstaates Fidschi ausgerichtet wurde, aber 2017 im rheinischen Bonn stattfand: Indem die Aktivist\*innen während des Gipfels das rheinische Braunkohlere-

vier dauerhaft mit Aktionen bespielten, wurde dem Land und der Welt klar, dass es sich bei Deutschland mitnichten um den Ökostrom-, sondern um den Braunkohleweltmeister handelt. Das Image des grünen Vorreiterlandes war nachhaltig geschädigt, der Grund dafür war die ungehorsame Klimabewegung. Die neue Bundesregierung, die Anfang 2018 ihre Arbeit aufnahm, stand unter zunehmendem Druck, den Konflikt um Braunkohle und Klimagerechtigkeit zu befrieden. Sie einigte sich – in guter bundesdeutsch-korporatistischer Manier – auf die Einrichtung einer Kohlekommission, die genau dies tun sollte. Nach über zwei Jahren, in denen die Bewegung den Konzernen, der Regierung und weitgehend auch der konservativen Bergarbeitergewerkschaft IG BCE regelmäßig den Schneid abgekauft hatte, machte nun das politische System im engeren Sinne seinen Move: «Ihr tragt den Konflikt auf die Straße und in die Gruben, wir bringen ihn zurück in die Hinterzimmer, in denen Regierungspolitik üblicherweise gemacht wird.» Dazu fallen einem Bismarck und die Gesetzeswurst ein.

Dann aber passierten zwei Dinge, die das klimapolitische Feld fundamental veränderten, die in einem gewissen Sinne den Höhepunkt der heroischen Phase des linksradikalen Klimaungehorsams hierzulande und den Beginn einer neuen Phase der Bewegung und der Klimapo-

litik markierten: der Hitzesommer und die wirklich spektakulär dämliche Entscheidung von RWE, zu versuchen, den Hambacher Forst nach jahrelanger Besetzung endgültig zu räumen.

Der Hitzesommer 2018 – der schlimmste in Nordeuropa seit 2003, mit extremer Dürre und ungewöhnlich hohen Temperaturen – war deshalb so relevant, weil es früheren Hoffnungen der Klimaaktivist\*innen zum Trotz gerade nicht die einzelnen Extremwetter-Events oder andere klimawandelbedingte Katastrophen sind, die zu den erwünschten Lerneffekten in der Bevölkerung führen. Es sind Wahrnehmungen wie «es regnet immer weniger», «die Winter werden immer wärmer» oder «meine Güte, wird das im Sommer mittlerweile heiß», die den gesellschaftlichen Alltagsverstand verändern. Der Sommer 2018 brachte der Mehrheit der hier Lebenden endlich bei, dass der Klimawandel nicht irgendwann, sondern jetzt stattfindet, dass es nicht wirklich und primär um Eisbären geht, sondern um Menschen, und genauer gesagt auch um uns. Denn 2018 zeigte dem Land, dass sich auch hier im kühlen Norden der Welt vieles zum sehr viel Schlechteren ändern wird, wenn das Klima erst einmal anfängt zu kippen. Der Hitzesommer 2018 machte das Land «klimamobilisierbar». Es brauchte aber noch eine weitere wichtige Zutat für die Entstehung einer breit aufgestellten sozialen Bewegung, ei-

ner wirklichen Massenbewegung: eine antagonistisch geführte Auseinandersetzung, einen Kampf zwischen Gut und Böse, ein Theaterstück in mehreren Akten, das damit endet, dass der große Schurke von der kleinen Heldin besiegt wird. Es brauchte ein Symbol der Klimabewegung, das Menschen, die noch nie fürs Klima protestiert hatten – und schon gar nicht mit einem Haufen Linksradikaler einen Tagebau stürmen würden –, motivierte, selbst aktiv zu werden, zum vielleicht ersten Mal an einer «Klimademo» oder gar «Klimaaktion» teilzunehmen.

Die Geschichte dieser Auseinandersetzung hat Sebastian Weiermann in dieser Broschüre anschaulich erzählt. Bleibt nur noch die Frage zu beantworten: Was bedeutete diese Auseinandersetzung für die Bewegung, für die Klimapolitik – für die mittlerweile wieder irgendwie vorstellbare Zukunft?

Die endgültige Antwort auf diese Frage wird vermutlich von Historiker\*innen debattiert werden, aber ein paar Thesen lassen sich doch schon formulieren: Die Kombination aus Hitzesommer, Kampf um den «Hambi», mehreren Klimacamps und «Ende-Gelände-Aktionen» bedeutete, dass zum Zeitpunkt des Arbeitsbeginns der Kohlekommission (ihr tatsächlicher Name sprach schon Bände: Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäfti-

gung) die Klimabewegung in Deutschland auf dem Höhepunkt ihrer Macht war. Die ziemlich direkt von der erfolgreichen Anti-Atom-Bewegung kopierte Strategie – jährlich mehrere spektakuläre Aktionen des zivilen Ungehorsams, damit Medien- und Diskursräume öffnen und in diesem Prozess langsam den gesellschaftlichen Alltagsverstand verändern, bis die Regierung (z. B. unter dem Druck eines Ereignisses wie Fukushima) nicht länger in der Lage ist, gegen die Bewegung zu entscheiden – traf nun auf die Gegenstrategie von «Team Kohle», angeführt nicht so sehr von den Kohlefirmen, sondern von der strategisch exzellent aufgestellten IG BCE. Diese Gewerkschaft ist zwar auf der Straße keine wirkliche Macht mehr, ist sie doch stolz darauf, seit Jahrzehnten nicht mehr gestreikt zu haben, aber institutionell ist die IG BCE ein mächtiger Player, vor allem durch ihre damals erhebliche Repräsentation in der SPD-Bundestagsfraktion (zwischen 2013 und 2017 saßen in der Fraktion anteilig mehr BCE-Mitglieder als jemals zuvor), aber auch in den Kohleländern, die natürlich auch in der Kommission vertreten waren.

Die Geschichte der Kohlekommission steht auf einem anderen Blatt,<sup>4</sup> hier geht es nur um ihr Resultat: Am Ende stand der Vorschlag auf dem Papier, erst 2038 aus der Braunkohle auszustei- gen. Klar, aus landespolitischer, arbeits-

marktpolitischer, vielleicht sogar aus einer Anti-AfD-Perspektive mag diese Entscheidung irgendwie nachvollziehbar sein. Aus einer Klimaperspektive ist sie ein schlechter Scherz: Eines der reichsten, mächtigsten und technologisch fittesten Länder der Welt soll erst in knapp 20 Jahren aus dem dreckigsten aller fossilen Brennstoffe aussteigen, während es schon 2018 in Nordeuropa zu Dürrekatastrophen kommt?

Kurz: Mit dem angeblichen Kohlekompromiss demonstrierte das politische System der BRD seine unter den gegebenen Bedingungen absolute Unfähigkeit zum Klimaschutz, der sich gerade eben nicht durch korporatistische Kompromisse herstellen lässt, sondern dem eine kollektive gesellschaftliche Entscheidung für den Schutz des Klimas zugrunde liegen muss. Die Strategien der radikalen Klimabewegung allein mögen diese Entscheidung nicht herbeiführen können. Sie zwangen die Politik aber in die Kohlekommission, die mit einem klimapolitischen Offenbarungseid endete. Erst dieser ermöglichte die Massenbewegung von Fridays for Future und verlieh ihr die enorme morali-

<sup>4</sup> Vgl. hierzu z. B. Müller, Tadzio: Klima, Kohle, Kommission. Vom Ende der Kompromisse, in: ak – analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 646, 19.2.2019, unter: [www.ak-web.de/ak\\_s/ak646/37.htm](http://www.ak-web.de/ak_s/ak646/37.htm).

sche Kraft, mit der sie im September 2019 in Deutschland 1,4 Millionen Menschen für den Klimaschutz auf die Straße brachte.

In dem Sinne gäbe es ohne «Hambi» keine «Generation Klima» hierzulande – denn die Auseinandersetzungen dort zeigten dem Rest der Gesellschaft, dass ein paar Hundert oder Tausend hochspezialisierte Klimaschutzkader zwar in

der Lage sein mögen, einen Wald zu verteidigen und die Gesellschaft in Bewegung zu bringen. Bewegen muss sich dann aber die ganze Gesellschaft, wenn das Ziel die Klimagerechtigkeit ist. Dafür sollten wir den radikalen «Hambis» noch lange dankbar sein.

**Tadzio Müller**

## **Impressum**

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

2. Auflage

V. i. S. d. P.: Gabriele Nintemann

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISBN 978-3-948250-09-6 · Redaktionsschluss: Dezember 2019

Autor: Sebastian Weiermann

Redaktion: Tazio Müller

Fotos: Roland Geisheimer

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Der Kampf um den Erhalt des Hambacher Forsts gehört zu den Kristallisationspunkten der Klimabewegung in Deutschland. Dass einmal 50.000 Menschen für einen Wald in der rheinischen Provinz demonstrieren – noch vor wenigen Jahren undenkbar.

Sebastian Weiermann war als Reporter immer wieder im «Hambi» und schildert, wie sich der Protest entwickelte. Tazio Müller bettet die Auseinandersetzung in den Kontext der weltweiten Klimabewegung ein.



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

